

# Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Zeitung erscheint an jedem Wochentag abends. Verantwortlich: Albert Kuntz, Magdeburg. - Verlagsanstalt für den Regierungsbezirk Magdeburg. - Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Br. Mühlstraße 8. - Fernsprechnr. 2111 bis 2284. - Postzustellungsnummer 210. - Preis: 15 Pfennig. - Sonntags 20 Pfennig. - Anzeigenpreise: Die 1. Spalte 27 Pfennig, die 2. Spalte 25 Pfennig, die 3. Spalte 23 Pfennig, die 4. Spalte 21 Pfennig, die 5. Spalte 19 Pfennig, die 6. Spalte 17 Pfennig, die 7. Spalte 15 Pfennig, die 8. Spalte 13 Pfennig, die 9. Spalte 11 Pfennig, die 10. Spalte 9 Pfennig, die 11. Spalte 7 Pfennig, die 12. Spalte 5 Pfennig. - Anzeigenpreise für den Regierungsbezirk Magdeburg. - Postzustellungsnummer 210. - Preis: 15 Pfennig. - Sonntags 20 Pfennig. - Anzeigenpreise: Die 1. Spalte 27 Pfennig, die 2. Spalte 25 Pfennig, die 3. Spalte 23 Pfennig, die 4. Spalte 21 Pfennig, die 5. Spalte 19 Pfennig, die 6. Spalte 17 Pfennig, die 7. Spalte 15 Pfennig, die 8. Spalte 13 Pfennig, die 9. Spalte 11 Pfennig, die 10. Spalte 9 Pfennig, die 11. Spalte 7 Pfennig, die 12. Spalte 5 Pfennig.

Nr. 246 Magdeburg, Donnerstag den 20. Oktober 1927 38. Jahrgang

## Schlichtungsversuch im Bergarbeiterstreik

Am Donnerstag in Berlin

Berlin, 19. Oktober. Zur Führung von Einigungs- und Schlichtungsverhandlungen im Lohnstreit des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues hat der Schlichter die Parteien auf Donnerstag den 20. Oktober, 11 Uhr vormittags, in das Reichsarbeitsministerium nach Berlin geladen. —

Berlin, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Leitung des mitteldeutschen Bergarbeiterausstandes trifft heute abend in Berlin ein, um nach Rücksprache mit den führenden Gewerkschaften an der vom Schlichter einberufenen Aussprache teilzunehmen. Auch die Unternehmer haben beschlossen, der Einladung Folge zu leisten.

Im Reichsarbeitsministerium zeigt man sich heute sehr optimistisch und versichert, daß die Verhandlungen aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Einigung führen werden. —

### Wachsen der Streikbewegung

Halle, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik der Bergarbeiter ist nicht im Abflauen, sondern im Steigen begriffen. Aus allen Revieren kommen unausgesetzt Meldungen, daß die Armee der Ausständigen im Wachsen begriffen ist.

Das Geiseltal, über dessen schwache Streikbeteiligung der Deutsche Braunkohlenindustrieverein bisher triumphieren konnte, steht seit Mittwoch früh mit 95 Prozent sämtlicher Arbeiter im Streik. Die Zentralstreikleitung hat die wohl begründete Hoffnung, daß am Donnerstag der letzte Mann aus der Grube sein wird.

Die Fortschritte der Ausstandsbewegung in diesem Revier sind deswegen von so großer Bedeutung, weil hier Leuna, das größte deutsche Städtewerk liegt, das 22.000 Chemie- und 9000 Bauarbeiter zurzeit beschäftigt und außerdem im Besitz von eignen Braunkohlengruben ist, die bis Dienstag gearbeitet haben, weil die Leunadirektion ihnen die geforderten Zulagen bewilligt hat. Diese Leuna-Kohlenarbeiter sind aus Solidarität mit ihren Arbeitskollegen in den Ausstand getreten, so daß die Leunagruben lediglich von 40 Notstandsarbeitern bedient werden. Damit ist die Gefahr eingetreten, daß das Riesenwerk, das mehr Städtewerk als sämtliche übrigen deutschen Werke erzeugt, und das gegenwärtig mit Hochdruck die Produktion flüssiger Kohle fördert, zum Erliegen kommt.

Mein dieser Fall zeigt, welche unverantwortliche Haltung die Unternehmer einnahmen, als sie die Lohnforderungen der Bergarbeiter ablehnten, und wie schlecht Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsminister beraten waren, als sie sich in der Lohnfrage auf die Seite der Unternehmer stellten.

Von größtem Interesse ist, daß die öffentliche Meinung Mitteldeutschlands immer mehr dem gerechten Kampfe der Bergarbeiter ihre Sympathie zuwendet. Selbst die völkisch-nationalen „Leipziger Neuesten Nachrichten“ lassen in ihrer heutigen Ausgabe keinen Zweifel darüber, daß sie den Schrei des Deutschen Braunkohlenindustrievereins nach der polizeilichen Rettung für dumm halten. Sie schreiben:

Gerade, um jede politische Färbung der ganzen Lohnbewegung zu bereinigen, hat die Streikleitung der beteiligten Organisation ausdrücklich angeordnet, daß während des Streikes der Versuch öffentlicher politischer Veranstaltungen zu vermeiden ist. Auch die Fürsorge der Streikleitung für die reibungslose Durchführung der erforderlichen Notstandsarbeiten spricht dafür, daß Besonnenheit und Verantwortungsgefühl wach sein wird. Um so mehr hat die übrige Bevölkerung Veranlassung, Ursachen, Verlauf und erwünschten Ausgleich der Gegenstände leidenschaftslos zu erörtern und nicht durch törichtes Zuspäßen die Spannung zu verschärfen.

So klingt es also selbst aus dem Lager der großindustriellen Interessenvertretung. Man kann sich nach alledem vorstellen, mit welchem Gefühl der Erleichterung die Bergbauern am Donnerstag nach Berlin gehen, um der Einladung des Reichsarbeitsministers zu neuen Schlichtungsverhandlungen Folge zu leisten.

Jetzt kommt die Nachricht, daß die Tschscholowa-Fabrik bereits Eisenbahnmateriale zum Abtransport höherwertiger Kohlen zur Verfügung gestellt hat, daß also die deutsche Braunkohlenindustrie Gefahr läuft, die von ihr seit dem englischen Bergarbeiterstreik eroberten Exportgebiete zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft zu verlieren. Auch diese Tatsache, die das hellste Licht auf die unverantwortliche Handlungsweise der Unternehmer und ihrer Regierungsprotektoren wirft, wird am Donnerstag bei den Verhandlungen nicht unberücksichtigt bleiben können. —

### Wirkungen des Streikes

Dresden, 18. Oktober. Im Freistaat Sachsen besteht die Gefahr, daß die Energieversorgung infolge Kohlenmangels völlig zum Erliegen kommt. Vor allem hat die wichtige Sächsische Werke-A.G. nur ganz geringe Kohlenvorräte. Das sächsische Wirtschaftsministerium und die Zentralstreikleitung werden am Mittwoch morgen über die Lage in Sachsen beraten. Ort der Zusammenkunft ist Dresden. —

Halle, 18. Oktober. Vielfach haben Unternehmer sich bereit erklärt, die geforderte Lohnhöhung zu bewilligen. So lief bei der zentralen Streikleitung folgendes Schreiben der Grube Otto in Neuzen bei Zeitz ein:

Hierdurch verpflichten wir uns, für die Dauer des Streiks die geforderten 80 Pf. Zulage pro Schicht unserer Gewerkschaft zu zahlen, jedoch unter der Bedingung, daß nach Beendigung des Streiks die tariflichen Löhne auch von uns bezahlt werden. Grube Otto. —

Bitterfeld, 18. Oktober. Zu Gemeinschaft mit der zentralen Streikleitung wurde am Dienstag nachmittag die Produktion auf der Grube Golpa, von der die Versorgung des Elektrizitätswerks Pischornowitz abhängt, gedrosselt. Die Drosselung wird mit Rücksicht auf die technischen Verhältnisse und nach Verständigung mit der Werkleitung von Pischornowitz durchgeführt. Am Mittwoch morgen wird die Produktion um 50 Prozent vermindert. —

### Notstandsarbeiten werden verrichtet

Halle, 18. Oktober. In einer Sitzung der zentralen Streikleitung ist am Dienstag die Natur der zu leistenden Notstandsarbeiten näher festgestellt worden. Als Notstandsarbeiten gelten Arbeiten, um die Gruben vor dem Erfrieren zu sichern. Weiter müssen die notwendigen Arbeiten in den Kessel- und

Maschinenhäusern und Schmelereien geleistet werden. Sicherzustellen ist auch die Versorgung von Krankenhäusern mit Licht und Kraft. Jede Produktion, die nicht den Zwecken der Notstandsarbeiten dient, muß unterbunden werden. Die Ausführung von Notstandsarbeiten liegt in der Hand der am Streik beteiligten Organisationen. Die dafür erforderlichen Arbeiter werden von den örtlichen Streikleitungen bestimmt.

Ueber die Regelung der Notstandsarbeiten hat die Zentralstreikleitung am Dienstag abend folgenden Beschluß veröffentlicht:

Die Zentralstreikleitung hat zu Beginn des Kampfes Richtlinien für die örtlichen Streikleitungen herausgegeben über die Regelung von Notstandsarbeiten. Etwa allem ist bereits in einem Falle die Technische Nothilfe eingesetzt worden. Die Zentralstreikleitung erklärt nochmals, daß dringende Notstandsarbeiten von den Streikenden verrichtet werden. Die Entscheidung über die Notwendigkeit und den Umfang der Notstandsarbeiten obliegt zunächst den örtlichen Streikleitungen mit den örtlichen Organisationen. In Streitfällen ist die Zentralstreikleitung schnellstens zur Vermittlung anzurufen. Sollte dennoch ohne Vorangehen solcher Verhandlungen die Technische Nothilfe in einem Betrieb eingesetzt werden, so wird die Zentralstreikleitung als Gegenmaßnahme die Zurückziehung sämtlicher Notstandsarbeiter sofort anordnen.

Der Aufruf ist unterzeichnet von dem Deutschen Bergarbeiterverband, von dem Gewerkschaftsbund christlicher Bergarbeiter, den Kirch- und Dunderschen Gewerkschaften, von dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem Verband der Maschinisten und Geizer und dem Fabrikarbeiterverband.

Die Vorstandsmitglieder des Deutschen Bergarbeiterverbandes und die Leitung der Technischen Nothilfe werden am Mittwoch morgen in Berlin über die Lage im Streikrevier verhandeln. Im Streikrevier ist ohne alle Ursache hier und da die Technische Nothilfe eingesetzt worden. Dieses unangehörige Vorgehen der Technischen Nothilfe hat die Erregung der Bevölkerung stark gesteigert. —

(Weitere Meldungen über den Bergarbeiterstreik siehe 3. Seite.)

## Reichsschulgesetz im Reichstag

### Ein Mann von kleinem Format

Reudell hat gesprochen. Verzeihung, nein, er hat vorgelesen. Das, was seine zu diesem Zwecke bestellten Geheimräte ihm aufgelegt haben. Frei sprechen kann er nicht. Als Bürgerblockminister hat er das zu seinem Glück auch nicht nötig. Aber er kann weniger: er kann nicht einmal fließend ablesen. Er stottert beim Reden, er stockt beim Lesen. Da er außerdem nur eine dünne Stimme hat, so ist die Folge, daß nach zehnminütiger Vorlesung schon niemand mehr zuhört. Nicht einmal seine eignen Parteigenossen geben acht.

Die Beratung über das Volksschulgesetz wird daher erbärmlich eingeleitet. Gelegentlich gibt es Zwischenrufe. Reudell vermag darauf nicht zu reagieren. Denn seine Geheimräte können von den Unterbrechungen vorher nichts ahnen, die Antworten stehen daher nicht auf dem Papier, das der Minister in der Hand hält, folglich muß er sich stellen, wie wenn er taub wäre. Ein erhebender Anblick, die personifizierte Hilflosigkeit in der Ministerbank stehen zu sehen und stottern zu hören.

Aber die Parteien des Bürgerblocks dürfen daran keinen Anstoß nehmen. Nicht einmal die Volkspartei der Stresemann und Curtius. In den Simultanjusskulländern des Südens behaupten ihre Führer, daß die zwei Minister Gegner der Vorlage seien. Im Plenum vom Abg. Haas (Baden) darob zur Rede gestellt, schweigen sie. Auch der Fraktionsvorsitzende Scholz meldet sich nicht, woraus zu schließen ist, daß die genannten Mitglieder des Kabinetts heute noch nicht wissen, ob sie Gegner oder Anhänger des Reudellschen Attentats gegen die Volksschule sind. Auch das ist erhebelnd.

Schweigen wie Reden dienen dem Zwecke, die Vorlage trotz Reichsrat in die Kommission zu bringen. Im kleinen Kreise wird — so geht die Hoffnung — Samuel schon helfen.

Die Opposition ruht nicht, aber sie bringt nicht durch. Die andern sind vorläufig noch die „Mehreren“. Gleichwohl haben die umfangreichen und erregten Geschäftsordnungsdebatten zu Beginn und am Schluß der Sitzung aufgedeckt, wie stark die politische Spannung ist.

Am Mittwoch wird die Greisin Klara Zettin zu Worte kommen. Sie ist aus Moskau für einige Tage zurückgekehrt, um gegenüber den deutschen Zuständen ein Land zu preisen, in dem noch etwa 70 Prozent Analphabeten leben. Ihr wird am Schluß der ersten Rednerreihe Ruth Fischer antworten, die unter dem Bannerstrahl Moskaus sitzt und stöhnt.

Die kommunistischen Wähler werden an dem Frauen-duell, das bevorsteht, ihre helle Freude haben. Und die Zeitungsleser werden darob vergessen, daß der Vater der Vor-

lage ein Mann von kleinem Format ist. So sorgen die Kommunisten für die Deutschnationalen und den Kappisten, diesen Minister gegen die Republik. —

### Sitzungsbericht

Präsident Lohse eröffnet um 15 Uhr die erste Sitzung nach den Ferien. Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt. Im Regierungskreis sitzen Reichsarbeitsminister Braun, Reichsinnenminister v. Reudell, auf den Bänken der Völkerverregierung der preussische Ministerpräsident Braun, der preussische Kultusminister Beder und andre Vertreter der Länder. Der Präsident teilt u. a. mit, daß den Hinterbliebenen des Vorkämpfers v. Maltzan und des früheren württembergischen Staatspräsidenten Bloos das Beileid des Reichstags ausgesprochen worden ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung entsteht eine ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatte.

### Abg. Müller (Franken, Soz.)

beantwortet im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion, die erste Lesung des Reichsschulgesetzes, die als erster Punkt auf der Tagesordnung steht, wieder abzusetzen. Dieser Antrag, erklärt er, ist sehr verständlich nach dem Schicksal, das die Regierungsvorlage im Reichsrat gehabt hat.

Ich glaube nicht, daß seit dem Bestehen des Deutschen Reiches etwas Derartiges schon dagewesen ist. Die Vorlage ist im Reichsrat abgelehnt worden. Was tut die Regierung? Sie bringt ihren alten Gesetzentwurf unverändert wieder ein, der zweifellos verfassungswidrig den Charakter hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Reichsregierung ist es nicht gelungen, zu einer Verständigung mit den Ländern zu kommen. Es ist wenig wahrscheinlich, daß sich im Reichstag eine Mehrheit dafür finden wird. (Zuruf rechts: Dafür lassen Sie uns sorgen!) Es liegt also keine Veranlassung vor, jetzt in die Beratung dieses Gesetzentwurfs einzutreten und die Zeit nutzlos zu verstreuen. (Zustimmung bei den Soz., Lachen bei den Regierungsparteien.) Meine Fraktion schlägt vor an Stelle des Reichsschulgesetzentwurfs die sozialdemokratische Interpellation über die Wirtschaftslage als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Außerdem ist es notwendig, die von uns jetzt eingebrachte Interpellation über den Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier sofort zu beraten. Ich mache noch besonders darauf aufmerksam, daß in diesem Streik die Gewerkschaften aller drei Richtungen Seite an Seite kämpfen. Ich weiß, daß die Zeit für die Beratung dieser Interpellation noch nicht verstrichen ist, aber ich halte es für ausgeschlossen, daß die Regierung sich in diesem Falle hinter Formalitäten zurückziehen kann. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir müssen noch in dieser Woche über diese wichtige Frage sprechen, um die Gefahren abzuwenden, die dem Wirtschaftslage aus diesem Kampfe drohen. Der Reichstag hat die Pflicht, der Regierung die Marschroute vorzuschreiben, die sie im Interesse der Bevölkerung einzuschlagen hat. (Zeh. Beifall h. d. Soz.)

Abg. Frid (nass.-soz.) führt Rede über den Berliner „jüdisch-marxistischen“ Polizeipräsidenten, weil er einige hundert Nationalsozialisten nach ihrer Rückkehr vom Parteitag in Nürnberg verhaften und in Haftanstalt nach dem Polizeipräsidenten führen ließ. Abg. Stöder (Komm.) beantwortet gleichfalls die Abhebung des Schulgesetzentwurfs von der Tagesordnung. Reichsarbeitsminister Braun erklärt zu der sozialdemokratischen Interpellation, daß das Reichsarbeitsministerium in voller Fühlung mit beiden Parteien im Bergarbeiterstreik stehe. —

begleitete Hoffnung vorhanden, daß die Verhandlungen in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden und zu einer Vereinbarung führen würden. Aus sachlichen Gründen sei es nicht zweckmäßig, jetzt schon in die Beratung der sozialdemokratischen Interpellation einzutreten, aber vor Ablauf dieser Woche sei die Regierung zu ihrer Verantwortung bereit.

**Abg. Westphal (Dt.-natl.)** wendet sich gegen die Absetzung der Schulvorlage.

**Abg. Haas (Dem.)** weist darauf hin, daß draußen im Lande gesagt werde, die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung hätten sich mit der Einbringung der Vorlage nicht einverstanden erklärt. (Hört, hört! links.) Der Redner wünscht eine Erklärung der Regierung, ob das der Fall sei oder ob darüber Einstimmigkeit im Kabinett herrsche.

**Abg. Jabsch (Komm.)** bringt einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsarbeitsminister Braun ein und verweist dabei auf Angriffe, die in der Presse gegen den Minister wegen seines Verhaltens im mitteldeutschen Bergbaukonflikt erhoben worden sind.

Reichsarbeitsminister Braun weist diese Angriffe als falsch zurück.

**Abg. v. Guérard (Ztr.)** bestreitet, daß die Schulvorlage verfassungsändernden Charakter habe. Die Reichsregierung sei beauftragt gewesen, die Vorlage auch nach der Ablehnung im Reichsrat hier einzubringen, ohne daß sie sagen müsse, wie der Beschluß darüber zustande gekommen sei. Das Zentrum war schon an sehr viel Regierungstheorien beteiligt. (Heiterkeit links.) Wenn Sie das noch nicht bemerkt haben, so tut es mir leid. (Erneute Heiterkeit.) Noch niemals ist die Regierung darüber befragt worden, wie ihre Beschlüsse zustande gekommen sind. Wenn wir, wie es Abg. Müller (Franken) wünscht, erst vorher feststellen sollen, ob eine Mehrheit für die Vorlage vorhanden ist, dann wäre eine Beratung überhaupt nicht möglich. Wir wollen doch hier im Reichstag die Mehrheit herausbilden. Der Redner erklärt sich damit einverstanden, daß die Braunlohen-Interpellation heute noch nicht besprochen wird.

**Abg. Häbel (Komm.)** bezeichnet es als einen Skandal, daß man nicht über den Bergarbeiterstreik spricht.

**Abg. Haas (Dem.)** wiederholt sein Verlangen, daß die Regierung eine Erklärung darüber abgeben solle, wie die sozialdemokratischen Minister zu der Schulvorlage stehen. Wie sie das nicht, so werde man in der Beside wissen, wie das Verhalten der Sozialpartei einzuschätzen sei.

Damit war die Geschäftsordnungsdebatte beendet. Der sozialdemokratische Antrag auf Absetzung des Schulgesetzentwurfs und auf Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation wurde von der Mehrheit der Regierungsparteien abgelehnt. Der nationalsozialistische Antrag auf sofortige Beratung der Robelle zum Vereinsgesetz wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, ebenso der kommunistische Antrag auf Auflösung des Reichstags.

Das Haus begann dann die erste Beratung des Entwurfs eines Reichsschulgesetzes. Sie wird eingeleitet mit einer Rede des

### Reichsinnenministers von Reudell:

Der Entwurf entspricht der Sehnsucht weiter Kreise der christlichen Elternschaft nach einem christlichen Schulgesetz und er trägt auch den Verlangen nach einer geordneten Entwicklung der weltlichen Schule Rechnung. Die Reichsverfassung schreibt keinen einheitlichen Typ für die Volksschule vor. Unerlässlich ist es aber, Mindestgrundzüge rechtsgesetzlich aufzustellen, um die einheitliche Volksschule in den verschiedenen Landesteilen zu fördern und zu fördern. Allen bisherigen Entwürfen für ein Schulgesetz ist der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit gemacht worden. Nach dem Wortlaut der Verfassung würde die Gemeinschaftsschule nur für die ersten Stufen der Grundschule gelten. Bei dem Widerspruch der juristischen Meinungen kann jedenfalls die jetzige Regierungsvorlage nicht als verfassungsändernd angesehen werden. Diese Vorlage vermeidet es, den Ländern eine ganz bestimmte Schulform aufzuzwingen. Sie läßt vielmehr den verschiedenen Schulsystemen Raum zum friedlichen Wettbewerb. Sie sichert mit dem Unterrichtsrecht auch den Eltern einen Einfluß, der der Verfassung nicht widerspricht. Die Notwendigkeit dieses Einflusses der Erziehungsberechtigten hat auch der frühere Staatssekretär Schulz in mehreren Reden betont. (Hört, hört! rechts.) Er bezeichnet das Unterrichtsrecht der Eltern geradezu als ein Erfordernis im demokratischen Staat. Der vorliegende Entwurf will dieses Recht sichern und zugleich einen geordneten Schulbetrieb gewährleisten. Aus den bestehenden Verhältnissen in den meisten Ländern ergibt sich zwangsläufig, daß den Kirchen ein gewisser Einfluß auf den Betrieb der Schulen ihres Bekenntnisses eingeräumt werden muß.

Ueber die Kostentragung kann sich die Regierung erst äußern, wenn die endgültige Gestaltung des Schulgesetzes feststeht. Die Frage des Abg. Dr. Haas kam ich dahin beantwortet, daß der Entwurf einmütig vom Reichskabinett eingebracht worden ist. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Der Reichsanwalt hat schon in seiner Regierungserklärung darauf hingewiesen, daß wir auf keinen Fall auf christlicher Grundlage beruht und daß dem auch das neue Schulgesetz Rechnung tragen soll. In welcher Zeit der Angeltlosigkeit und Schwachheit müssen wir unserer Jugend die Möglichkeit geben, sich zu hochstehenden, innerlich freien Männern heranzubilden. Keine Freiheit besteht aber nur dort, wo der Mensch gebunden ist an Gott. In einer Zeit der Autoritätslosigkeit kann Hilfe nur geschaffen werden durch die letzte, höchste Autorität. So dient derjenige, der im Einklang mit dem Willen der Eltern die christliche Schule fördert, der Charakterbildung der Jugend, und so wird diese Schulpflicht zur Volkspflicht. (Reifend rechts. Jähren links.)

### Abg. Schredl (Soz.)

weist mit Nachdruck auf die große Bedeutung hin, die die Gestaltung des Schulgesetzes für die Nation hat. Gerade deshalb, was eine sorgfältige Erörterung dieser Frage zu ermöglichen, wäre es geboten gewesen, wenn wir den besten Schichten des Volkes, die gegenwärtig den Kampf um das Lebens Notwendigkeit führen, beizugehen wären durch eine Beschränkung der Tagesordnung. Das hat die Mehrheit des Hauses verweigert. Nachdem der Minister des Innern die Vorlage begründet hat, kann man mit ihm nur noch Willkür empfinden. Der Minister hat viel von der christlichen Auffassung gesprochen. Wie können Sie es aber mit dieser christlichen Auffassung, wie können Sie es mit Ihrer Ehre vereinbaren, daß Sie nicht hier in der Öffentlichkeit bei der ersten Gelegenheit des jährlichen Landtags, das Sie zusammen mit dem Reichsanwalt gegenüber dem Vertreter des jugendlichen Volkes befragen haben, wieder zusammen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Beifall im Saal.)

Die Schule soll der Charakterbildung dienen, sagt der Minister. Wenn das richtig ist, dann sollte er selbst jetzt danach handeln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die christliche Auffassung, die wir haben, ist es aber mit Ihrer Ehre vereinbaren, daß Sie nicht hier in der Öffentlichkeit bei der ersten Gelegenheit des jährlichen Landtags, das Sie zusammen mit dem Reichsanwalt gegenüber dem Vertreter des jugendlichen Volkes befragen haben, wieder zusammen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Beifall im Saal.)

Die Schule soll der Charakterbildung dienen, sagt der Minister. Wenn das richtig ist, dann sollte er selbst jetzt danach handeln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die christliche Auffassung, die wir haben, ist es aber mit Ihrer Ehre vereinbaren, daß Sie nicht hier in der Öffentlichkeit bei der ersten Gelegenheit des jährlichen Landtags, das Sie zusammen mit dem Reichsanwalt gegenüber dem Vertreter des jugendlichen Volkes befragen haben, wieder zusammen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Beifall im Saal.)

Deutschnationalen: Ihr seid nicht zuverlässig genug, ihr habt selbst noch Kreise bei euch, die von der konfessionellen Schule nichts wissen wollen. Um das Bild zu vervollständigen, wird die Deutsche Volkspartei aus den Reihen des Zentrums noch befragt, daß sie in bezug auf das Schulwesen ebenso schlecht sei, wie die bayerische Sozialdemokratie. Die herrlich präferiert sich um doch die Einheit dieser Reichskoalition!

Nun kommen auch noch aus Bayern Stimmen, die sich gegen Volkspartei und Deutschnationalen und sogar gegen das Zentrum richten. Ich ziehe daraus die Schlussfolgerung, daß es in der Regierungskoalition

### bedenklich kritisiert.

und wir hoffen, daß es gelingen wird, ein Schulgesetz zu gestalten, das der gesamten nationalen Entwicklung würdig ist.

Ich betone dabei ausdrücklich, daß es sich bei der Schule um eine Sache handelt, die das gesamte Volk angeht, nicht um eine Sache der Eltern, der Konfessionen oder der Weltanschauungen. Der Staat ist der oberste Erziehungsberechtigte, er trägt dafür die Verantwortung, daß in den Schulen Staatsbürger herangezogen werden. Das Zentrum aber will die Kirche über den Staat stellen. Das wird von Ihnen auch gar nicht mehr bestritten, das hat ja auch Herr Dr. Marx zugegeben. Es wird vom Zentrum ganz eindeutig erklärt, daß nicht der Staat, sondern die Kirche die Entscheidung über die Erziehung haben müsse. Dabei wird aber der Boden der Verfassung verlassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nach der Verfassung ist es Aufgabe des Staates, nicht nur Schulen zu errichten, sondern ihr inneres Wesen so zu gestalten, daß alle kulturellen und nationalen Kräfte heranzuwachsen vermögen. Wenn das Zentrum und die Deutschnationalen haben wollen, daß die Kirche über die Schulen bestimmen soll, dann sollten sie doch den Schritt weitergehen und dafür sorgen, daß eine saubere und reinliche

### Trennung zwischen Staat und Kirche

vorgenommen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer an die Kraft und an die Sendung der Kirche glaubt, der hat doch nicht nötig, vom Staat in irgendeiner Form Unterstützung zu verlangen. Wer an die Religion glaubt, der braucht nicht die Hilfe des Staates. Nach der Begründung des Entwurfs soll das Elternrecht sichergestellt werden. In Wirklichkeit sollen aber nicht die Eltern, sondern die Kirche die Entscheidung über die Schule ausüben. Wo bleibt denn da noch das Elternrecht? Sie (nach rechts) reden zwar vom Elternrecht, in Wahrheit denken Sie aber gar nicht daran, den Eltern ein Recht zu geben. Die Sozialdemokratie fordert grundsätzlich die Weltlichkeit der Schule, weil wir der Auffassung sind, daß nur die weltliche Schule die beste Garantie dafür bietet, alle kulturellen und nationalen Kräfte zusammenzufassen. Erst in der weltlichen Schule ist die Möglichkeit gegeben, eine Erziehung zu wirklicher Duldsamkeit durchzuführen. Die weltliche Schule läßt den Weltanschauungen, den Religionen die volle Betätigungsmöglichkeit.

In diesem Jahre hat man Beita 1033 gefeiert, der ausdrücklich eine Volksschule forderte, die unabhängig vom Religionsunterricht durchgeführt werden müsse. Dieser bedeutende Pädagoge hat das gefordert, was die Sozialdemokratie durchsetzen will.

Die Rechte spricht bei jeder Gelegenheit von der Nation. Jetzt aber will sie die

### Konfession über die Nation

stellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Trotz unserer grundsätzlichen Stellungnahme für die weltliche Schule treten wir aber auf den Boden der Weimarer Verfassung, die die Gemeinschaftsschule als Regelschule hinstellt und daneben die weltliche Schule und der konfessionellen Schule Lebensmöglichkeiten gibt. (Zuruf des Abg. Rheinländer, Ztr.: Wo steht das in der Verfassung?) Wenn für Sie die Verfassung nicht ausreicht, so können wir uns noch auf das Reichsgericht berufen, das gleichfalls die Gemeinschaftsschule als Regelschule bezeichnet. Der Minister hat leider nichts davon gesagt, daß in der Verfassung auch die Erziehung zur Volkserziehung zur Pflicht gemacht ist. Ich bedaure, daß das Zentrum nicht auf eine Erwähnung dieses Grundgesetzes in dem Entwurf Wert gelegt hat. (Zuruf beim Zentrum: Das kommt noch!)

Der Entwurf befreit die Vorzugstellung der Gemeinschaftsschule und macht zwangsweise die Bekenntnisschule zur Regelschule. Er bedeutet eine Zerstückelung des Volksschulwesens und verhindert jeden geordneten Schulbetrieb. Nun ist von den Demokraten eine Interpellation eingereicht worden, die vom Minister Auskunft darüber verlangt, wie er sich die

### Redung der Kosten

vorstellt, die dem Reich und den Ländern bei der Durchführung dieses Entwurfs erwachsen. Der Minister hat dazu gesagt, er wolle erst abwarten, wie die Dinge sich gestalten. Er ist sich also über die Auswirkung dieses Gesetzes noch gar nicht klar. Bei Ihnen (nach rechts) wird doch immer so viel von Sachministern geredet. Wenn eine solche wichtige Arbeit von einer Minderheitsgruppe geleistet werden würde, dann hätten Sie gesagt, sie habe ich fertig gehandelt. Wie kann aber jemand einen Entwurf vorlegen, ohne sich die Mühe genommen zu haben, ein einfaches Rechenexempel über die Kosten aufzumachen. (Zuruf im Zentrum: Das ist nicht so einfach!) Sie haben das Exempel nur deshalb nicht aufgemacht, weil Sie nicht wissen, wie Sie die Gelder aufbringen sollen. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Durch die Einfügung der geistlichen Schulaufsicht in dem Entwurf soll nicht nur eine Behinderung, sondern auch eine

### Beschränkung der Lehrer

herbeigeführt werden. Es ist also durchaus verständlich, wenn die großen Schichten der deutschen Lehrer mit der größten Besonnenheit diesen Verhandlungen ihre Aufmerksamkeit schenken. Die Lehrer wissen, daß nicht nur die Schule in Gefahr ist, sondern daß auch ihre Rechte, die in der Verfassung festgelegt sind, unterminiert werden sollen. Das Zentrum sollte doch jetzt nicht so hochmütig sein. Es weiß doch aus seiner eignen Vergangenheit, daß sich Gewalt und Unterdrückung immer gegen den Unterdrückten selbst richten.

Wir werden trotzdem an der Vorlage sachlich mitarbeiten, weil wir aus Erfahrung wissen, daß sachliche Arbeit stets ihre Früchte trägt.

Die Sozialdemokratie wird mit der größten Energie den Kampf gegen die Konfessionen weiterführen. Hinter uns stehen auch viele Kreise des Volkes, die jetzt mit uns in sozialen und wirtschaftlichen Forderungen nicht einverstanden sind. Wir führen den Kampf auf dem Boden der Verfassung, und bis weit in das Bürgerinnere hinein werden sich die Geister in diesem Kampf um uns sammeln, und dem Ziele, dem deutschen Volke die nationale Einheitsschule zu geben. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

**Abg. Ramm (Dt.-natl.)** bezeichnet es als das eigentliche Ziel der Sozialdemokratie, den Religionsunterricht völlig aus der Schule zu entfernen. Wir begrüßen den Entwurf, dessen Grundlage die freie Entfaltungsmöglichkeit der drei verfassungsmäßigen Schulformen ist.

**Abg. Rheinländer (Ztr.)** erklärt, das Zentrum betrachte die Vorlage als eine brauchbare Grundlage für weitere Verhandlungen. Dem Staat soll keineswegs das Recht genommen werden, in seinen Schulen den Unterricht zu regeln und Schulen einzurichten. Wir bestritten nur die Schul-Dominanz (Allmacht) des Staates, wir sind nicht einverstanden mit einem Schulmonopol des Staates oder mit einem Verbot der Privatschulen. Wir halten die Bekenntnisschule für die beste.

Am 18. Uhr wird die Beratung des Schulgesetzes auf Mittwoch, 19. Oktober, verlegt.

Diese Ansprache werden des Grenzberichtigungsabkommen mit Frankreich und des Aufbesserungsabkommens mit Italien in allen drei Lesungen angenommen, ebenso die internationale Reformordnung der Eisenbahnen und des Luftverkehrsabkommens mit Großbritannien.

Bei der Feststellung der Tagesordnung für die Mittwochs- und Donnerstags-Sitzungen wird die Beratung der Schulvorlage und die Kommunistische Forderung der Absetzung der Schulvorlage und

dafür Beratung kommunistischer Anträge und Interpellationen Die Beratung ihrer Anträge wurde in mehreren Abstimmungen abgelehnt und die Weiterberatung der Schulvorlage auf Tagesordnung gesetzt.

### Die Mittwochssitzung

Berlin, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichstag hat heute nicht — wie am gestrigen Tage — das Bild eines sogenannten großen Tages. Das Haus und die Tribünen waren ziemlich leer. Das Interesse konzentrierte sich auf die Verhandlungen in den Wandelhallen und den Fraktionsräumen, wo der Fußhandel zwischen den Regierungsparteien um die günstige Form des Schulgesetzes im Gang ist.

Ferner wurde in Kreisen der Parlamentarier der Zentrumsvorstoß in der Frage der Wahlreform viel besprochen. Die Interpellation der Zentrumsfraktion, die die Nachteile des Wahlsystems bemängelt und von der Regierung Auskunft über ihre Ansicht zur Rückkehr zum alten Einmänner-Wahlkreis fordert, wurde viel besprochen. Man hat den Eindruck, daß die Interpellation nicht ohne vorherige Fühlungnahme mit der Regierung erfolgt ist. Man rechnet deshalb damit, daß der Reichsanwalt Laufe des Herbstes vor dem Reichstag eine entsprechende Erklärung abgeben wird.

### Abg. Runde (Dt. Sp.)

Im Sitzungssaal machte inwischen der sozialdemokratische Abgeordnete Runde den wenig gegliederten Versuch, die Haltung seiner Fraktion zu rechtfertigen. Er stellte einleitend fest, daß der sozialdemokratische Minister im Kabinett ausdrücklich bezüglich einiger Punkte der Schulvorlage ihre Stellung sich vorbehalten haben. Die Deutsche Volkspartei müsse diese Vorbehalte gegenüber ihrer liberalen Tradition (Geschlechter links) auch in der Öffentlichkeit weiter aufrechterhalten. Den Gesetzentwurf als Ganzes erkenne die Deutsche Volkspartei zwar als brauchbare Grundlage für Verhandlungen an, sie sei aber in der Stellung von Änderungsanträgen und somit in ihrer Stellungnahme zur endgültigen Verabschiedung des Entwurfs völlig frei.

Der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit habe daher eine nicht zu verkennende Berechtigung. (Hört, hört! links.) Die Deutsche Volkspartei fordert daher, daß alle Schulgesetze seit Jahren Gemeinschaftsschulen sind, auch solche bleiben zum Schluß betonte der Redner, daß trotz aller Bedenken der Entwurf eine brauchbare Grundlage für weitere Verhandlungen sein könne.

Runde stein (Soz.) wies durch Zwischenrufe nach, daß Runde bei den früheren Debatten der Weimarer Nationalversammlung ganz anders gesprochen habe, als er es heute tue. Nach der sozialdemokratischen Redner ergrieff die demokratische Abgeordnete Frauentein Bäume das Wort. ...

### Hochschullehrer gegen Reudell

Berlin, 19. Oktober. Von hervorragenden Hochschullehrern der verschiedensten Richtungen wurde eine Erklärung in Hochschulkreisen in Umlauf gesetzt, gegen den Reudellschen Reichsschulgesetzentwurf Stellung nimmt.

Der Reudellgebäude, die von Heidelberg ausgeht, hat sich in wenigen Wochen über 1500 Hochschullehrer vorbehaltlos angeschlossen, darunter 659 ordentliche Professoren, 470 außerordentliche Professoren, 109 Honorarprofessoren, 320 Privatdozenten und 34 sonstige Mitglieder der Lehrkörper.

Die Unterschriftenliste, die am 12. Oktober abgeschlossen worden ist, wurde dem Reichstag überhandt.

### Nicht ehelich gemeint

Die Kommunisten haben der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion den Vorschlag gemacht, gemeinsam ein Maßnahmen gegen die Politik der Bürgerblockregierungen durchzuführen. Insbesondere wird vorgeschlagen, ein gemeinsames Vorgehen für die Sicherung der Streikfreiheit für die Erhöhung der Bezüge der Rentner, gegen den Reichsschulgesetzentwurf der Regierung und für die sofortige Lösung des Reichstags.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat auf dieses Anerbieten folgende Antwort erteilt:

Auf Ihr Schreiben vom 18. Oktober 1927 teilen wir Ihnen mit: Solange die Kommunistische Partei und die kommunistische Reichstagsfraktion ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung der herrschenden und gefährlichen Verhältnisse der Sozialdemokratie erblicken und damit den Zwiepsalt in der Arbeiterklasse ausgefüllt verschärfen, halten wir die Aufforderung zu gemeinsamen Vorgehen nicht für ehelich gemeint.

Diese Antwort der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dürfte in allen Parteikreisen begrüßt werden. Die sozialdemokratische auswärtigen, kann ein gemeinsames Vorgehen für die Arbeiterklasse zeitigen. Zu den Briefen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wäre noch ergänzend zu bemerken, daß die Sozialdemokratie ohne die Kommunisten weiß, was zum Schutze der Arbeiterinteressen zu geschehen hat. Ihre große Wirtschaftskrisisinterpellation gegen Preistreiber und für Lohnerhöhung ihre Interpellation wegen des mitteldeutschen Bergarbeiterstreiks und ihr Antrag auf Erhöhung der steuerfreien Beträge bei der Lohnsteuer sind Beweis genug. Aber auch allen übrigen Fragen wird die Sozialdemokratie immer Kommunisten in der Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterklasse vorangehen.

### Die Abstimmung im Reichsra

Vom Oberpräsidenten a. D. Otto Göring erhalten folgende Erklärung:

Durch die mangelhafte oder absichtlich entstellte Berichterstattung der Nachrichtenbureaus über die in der letzten Abstimmung erfolgte Abstimmung über das Reichsschulgesetz ist Unklarheit im Besonderen über meine Stellungnahme bzw. Abstimmungsentscheidungen entstanden. Um Irrtümern vorzubeugen, erkläre ich:

Ich habe in der Einzelabstimmung verschiedenen Anträgen die Zustimmung gegeben und andern Ländern gestellt waren, die den Gesetzentwurf noch über die preussischen Anträge hin verbessern wollten, zugestimmt. Leider wurden alle diese Vorschläge abgelehnt. In der Schlussabstimmung habe ich dann für den Entwurf, wie ihn die Reichsraatsausschüsse vorlegten, d. h. nicht nach den Anträgen der preussischen Staatsminister und anderer republikanischer Landesregierungen gestimmt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der von den Reichsraatsausschüssen umgestaltete Entwurf einen großen Fortschritt gegenüber dem Entwurf der Reichsregierung darstellte. Der Entwurf wurde von der Mehrheit abgelehnt, und zwar stimmten von den preussischen Provinzialbeamten nur der Berliner und für die Provinz Sachsen dafür. Alle übrigen preussischen Provinzialbeamten, die der Deutschnationalen Volkspartei und Zentrumspartei angehören, stimmten gegen den Entwurf. Reichsraatsausschüsse mit den Ländern, die aus finanziellen Motiven — weil die Länder nicht tragen können — den Entwurf ablehnten. (Göring, Reichsminister zum Reichstag)

# Unternehmerarbeit

Der Braunkohlen-Industrieverein (Unternehmerverband) treibt ein gefährliches Spiel. Er läßt systematisch durch die ihm nahestehende Presse falsche, erfundene oder übertriebene Nachrichten über „Ausbreitungen“ und „Terror“ der streikenden Bergarbeiter verbreiten, die offensichtlich bestimmt sind, die Behörden und die öffentliche Meinung gegen die Bergarbeiter mobil zu machen.

Ein Beispiel, wie versucht wird, den Einfluß von Polizei und Technischer Nothilfe ganz überflüssigerweise zu erreichen, liegt in Egeln vor. Strom für Egeln wird von der Grube „Cäsar“ geliefert. Gestern abend ist plötzlich die Stromlieferung eingestellt worden und auf Anfrage wurde dem Bürgermeister mitgeteilt, die Streikleitung habe die angeforderten Notstandsarbeiten verweigert. Der Landrat in Wangleben wurde in gleicher Weise unterrichtet; d. h. falsch. Eine Rückfrage bei der Bezirksstreikleitung ergab, daß von einer Verweigerung der Notstandsarbeiten gar keine

Es wird so hinzustellen gesucht, als ob der Anschlag von den Streikenden ausgeführt worden sei. Einen Beweis kann aber auch die Zeitung der „Mf.“ nicht erbringen. —

## Rein Terror im Bezirk Merseburg

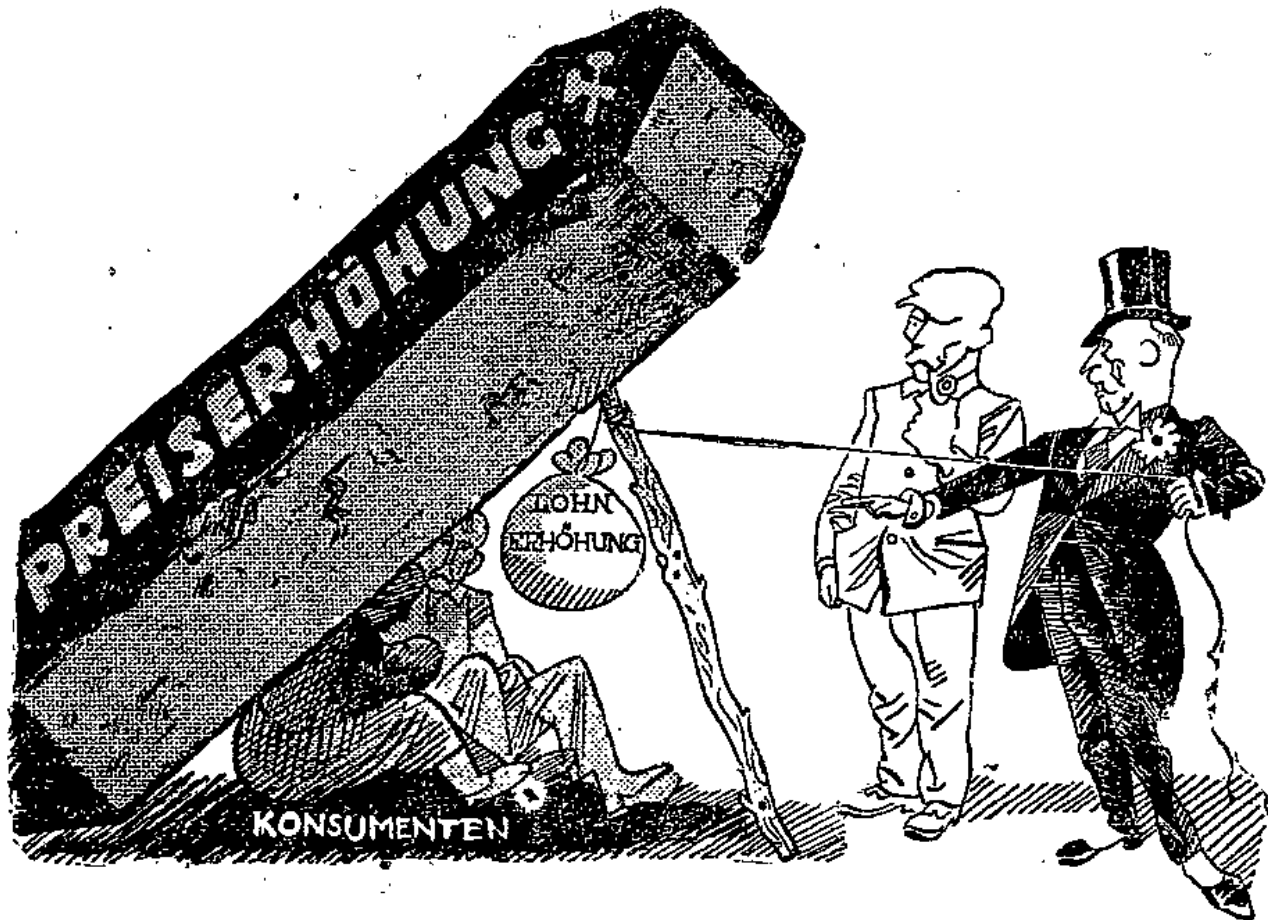
Wb. Halle a. d. S., 19. Oktober. Wie wir von der Regierung in Merseburg erfahren, ist an allen Stellen, wo irgendwelche unzulässige Beeinflussung der Arbeitswilligen bemerkt wurde, diese von Landjägern oder der Schutzpolizei durch deren einfache Anwesenheit verhindert worden. Irgendwelche größere Terrorakte sind bei der Regierung in Merseburg nicht bekannt geworden. —

## Streikbrecher

Die Unternehmer greifen zu verzweifeltsten Mitteln, um Streikbrecher zu gewinnen. Ganz genial geht die Grube Julius im Revier Forst vor. Jeder Streikbrecher bekommt dort zum Mittagessen und zum Frühstück ein halbes Pfund Wurst.

Mit solchen und ähnlichen Bauernfängereien haben die

# Die Unternehmerfalle.



Der Braunkohlenunternehmer (zum Arbeiter): „Aber, bitte, Du kannst die Lohnerhöhung sofort haben, wenn Du mir nur hilfst, ein wenig an dieser Schnur zu ziehen!“

Nede sein kann. Lediglich, um die öffentliche Meinung gegen die Streikenden zu beeinflussen, hatte die Grube die Abstellung des Lichtes für die Stadt Egeln verfügt. Auf Betreiben der Streikleitung ist noch am gleichen Abend die Stromlieferung für die Stadt Egeln wieder aufgenommen worden.

Natürlich sind sofort Meldungen über „Verweigerung der Notstandsarbeiten“ und „Terror der Streikenden gegen die Stadt Egeln“ an die Presse gegangen, es wurde sogar behauptet, daß Technische Nothilfe und Polizei eingesetzt worden seien, weil „Unruhen“ zu befürchten seien. In Wirklichkeit hat die Haltung der Bergarbeiter in Egeln und der Egelner Mulde, die zu 95 Prozent im Ausstand stehen, zu keinen Beschwerden Anlaß gegeben. Das Straßenbild zeigt kaum eine Veränderung.

Aus Osternienburg war über „Unruhen“ berichtet worden. Was war geschehen? Ein in allen Einzelheiten noch nicht aufgeklärter Vorfall, wo ein Arbeitswilliger sich behauptet gefühlt hat, gab dem Werke Veranlassung, Schutzpolizei durch die Kreisdirektion Köthen anzuordern. Diese fand jedoch keinerlei Anlaß zum Einschreiten, da die Streikleitung für die öffentliche Sicherheit Garantie bietet. Gestern abend erfolgte die Abberufung der Sicherheitspolizei.

Die Unternehmer aber berichten über besonders „starke Terror in Anhalt“!

Für die Haltung mancher bürgerlicher Zeitungen ist kennzeichnend, daß sie folgende Meldung des Unternehmerverbandes als eigne Beobachtungen verbreiten:

Der Terror macht sich in sämtlichen Revieren nach wie vor in aller Schärfe bemerkbar. Er wird von Werkseigenen ausgeübt, die eigens zu diesem Zwecke herangezogen worden sind. Stellenweise sind die Frauen der arbeitswilligen Belegschaftsmitglieder an die Werkdirektionen herangezogen mit der Bitte, einen größeren Schutz der Männer zu erwirken. Es werden auf den Revieren sehr viele Fälle von tätlichen Angriffen auf Arbeitswillige bekannt. Im Lausitzer Revier waren am ersten Tage bereits 25 protokolllarisch festgelegte Fälle zu verzeichnen. Obwohl diese Fälle dem zuständigen Landrat gemeldet wurden, wurde bis zur Stunde für keinen ausreichenden Schutz der Arbeitswilligen gesorgt. Besonders werden viele Klagen über den Mangel an Schutz der Arbeitswilligen aus Thüringen und Anhalt gemeldet. Wo sich der Terror nicht in dem Umfang auswirken kann, ist ein Abflauen der Streiklage festzustellen.

Eine Tendenzmeldung der Unternehmer schlimmster Art, die ebenso verlogen wie verantwortungslos ist.

Die Bergarbeiter werden guttun, wenn sie sich durch nichts in ihrer ruhigen Haltung stören lassen, auch dann nicht, wenn durch Falschmeldungen die eine oder andere Behörde sich irreführen läßt und Polizei entsendet. Den Behörden ist aber dringend zu empfehlen, jede Nachricht über „Terror“ und „Unruhen“ im Streikgebiet sehr genau auf ihre Herkunft zu prüfen. —

## Ein Anschlag?

r Senftenberg, 19. Oktober. Die Zeitung der Mf.-A. G. behauptet, am Dienstag nachmittag sei auf ihrer Grubenanschlagsbahn von Graf-Nätschen ein Handgranatenausschlag verjücht, aber rechtzeitig entdeckt worden. Schaden ist nicht entstanden.

Werke aber nur in vereinzelten Fällen Glück. Es versteht sich von selbst, daß unter 70 000 Menschen hier und da auf der Grube irgendein geistig hoffnungslos zurückgebliebener Säuer steckt, der den Sinn des Kampfes nicht begreift und auf die Streikwurst reinfällt.

Der Streik zeigt aber auch, wie es um manchen Selben bestellt ist, der sein revolutionäres Mundwerk immer sehr gut zu gebrauchen wußte, wenn es gegen die Gewerkschaften, die Sozialdemokraten und das Reichsbanner ging. Da war auf einer Grube im Bezirk Halle ein Mann, der verärgert hatte, seine Kündigung einzureichen. Die Streikleitung mahnte und erhielt folgendes Schreiben:

Werte Kollegen!  
Ich will höher steigen und der Streik bringt mich runter. Deshalb kann ich den Streik nicht mitmachen.

Der Mann, namens Nieß, arbeitet tatsächlich als Streikbrecher. Genauere Erkundigungen ergaben, daß er Vertrauensmann der Kommunisten und Führer der Roten Frontkämpfer in Nietleben ist! —

## Streik auch in Braunschweig

o Braunschweig, 19. Oktober. Die Bergarbeiter der braunschweigischen Gruben haben im Anschluß an den mitteldeutschen Bergarbeiterstreik ebenfalls den Ausstand beschlossen.

Die vom Schlichter vorgeschlagene Lohnerhöhung von 4 bis 6 Prozent wurde einstimmig abgelehnt. —

## Die „Morning Post“ zum Streik

Wb. London, 19. Oktober. „Morning Post“ schreibt: Wenn der Streik in den deutschen Kohlenbergwerken andauert, wird er eine wohlthätige Wirkung auf den britischen Kohlenhandel ausüben.

Aber abgesehen davon ist der Streik auch deshalb für den britischen Kohlenhandel bemerkenswert, weil er als Beweis angesehen wird, daß die Nationalisierung der Industrie weder niedrige Löhne noch industrielle Streitigkeiten verhindert. Die deutschen Bergleute, die nach dem Nationalisierungssystem arbeiten, streiken gegen einen Lohn von 6 Schilling 6½ Pence pro Schicht, während die britischen Löhne durchschnittlich 10 Schilling 7 Pence betragen.

„Times“ zufolge hat der Streik bisher kaum eine Rückwirkung auf den Kohlenhandel in England ausgeübt. —

## Bergarbeiterstreik in Spanien

Nach Meldungen aus Madrid haben die Bergarbeiter im asturischen Kohlengebiet die Arbeit vollständig niedergelegt. Der Kampf dreht sich um die Arbeitszeit und vor allem gegen die von den Grubenbesitzern beschlossene Herabsetzung der Akkordlöhne.

Der Streik hat einen außerordentlichen Umfang angenommen. 17 000 Bergarbeiter streiken.

Es handelt sich um den ersten großen Arbeitskonflikt in Spanien seit über einem Jahrzehnt. Er hängt zusammen mit der Schwierigkeit, die Kohlenindustrie in Spanien künstlich aufrechtzuerhalten. In vielen Blättern wird darauf hingewiesen, daß die Streikbewegung mit dem Beschluß der Sozialistischen Partei und der Gewerkschaften zusammenhängen dürfte, an der „Nationalversammlung“ Primo de Ribera nicht teilzunehmen.

Der Ministerrat hat beschlossen, zwei Minister in das Streikgebiet zu entsenden. —

## Blutige Zusammenstöße

Madrid, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im nordspanischen Kohlenrevier ist es gleichzeitig mit dem Ausbruch des Streiks zu schweren Unruhen gekommen. Gleich der erste Tag des Streiks brachte eine ganze Anzahl von Bombenattentaten gegen Gruben, Industriewerke und politische Persönlichkeiten.

Truppen, die schon vor Streikbeginn ins Industriegebiet entsandt worden waren, haben eingegriffen und mehrfach auf die Streikenden gefeuert. Es gab eine große Anzahl von Verwundeten in den Grubenbezirken und dadurch ist die Stimmung bedenklich verschärft worden.

Der Kohlenstreik wird offensichtlich zu einer politischen Bewegung gegen die Diktatur Primo de Ribera. Die Industriearbeiter wenden sich gegen das seit 3 Jahren währende Unterdrückungsregime. —

## Wahlen in Norwegen

Trotzdem die Zählung der Wahlstimmen in Norwegen noch nicht völlig beendet ist, steht doch schon fest, daß die Wahl eine Katastrophe für die Konservativen bedeutet. Sie haben von ihren bisher 54 Mandaten 22 verloren.

Der Sieg der vereinigten sozialistischen Arbeiterpartei ist über alle Erwartungen groß. Während die alte Arbeiterpartei und die Sozialdemokraten 34 Mandate hatten, werden sie mit 58 Sitzen in das neue Parlament einziehen.

Die Bauernpartei hat bisher fünf Mandate gewonnen, während die Liberalen vier verloren haben.

Auch die Kommunisten, die nur noch sechs Mandate hatten, sind in der Wahl wiederum um drei Mandate zurückgegangen. Die Verteilung von drei Mandaten steht noch aus. —

## Nebenbei bemerkt . . .

Die Kommunisten haben im Reichstag die Sozialdemokraten zu einer gemeinsamen Besprechung ein. Zweck: Herstellen einer Einheitsfront. Gegen wen und was? Gegen die Schulvorlage und gegen den Bürgerblut.

So im Reichstag. In Hamburg geht es umgekehrt. Dort haben die Wähler eine proletarische Mehrheit im Parlament hergestellt. Sie könnten die Regierung übernehmen, wenn die Kommunisten in die Front rücken. Aber diese Kämpfer gegen den Klassenkampf denken nicht daran. Sie bereiten die Arbeiterregierung, sie erhalten die bürgerlichen Senatoren in ihren Machtpositionen.

Im Reichstag wollen sie den Bürgerblut stürzen, in Hamburg erhalten sie die Bürgerlichen an der Herrschaft.

Im Reichstag wollen sie sich mit den Sozialdemokraten an einen Tisch setzen, im Lande schimpfen sie dieselben Sozialdemokraten Mäuler, Strolche und Verräter.

Im Reichstag wollen sie die Schulvorlage zu Falle bringen, im preussischen Landtag haben sie sie zehnmal und öfter bemüht, die preussische Regierung zu Falle zu bringen, die den Reubellischen Entwurf im Reichstag zu Falle gebracht hat.

Im Reichstag wollen sie den mitteldeutschen Bergarbeiterstreik zum Siege führen, in den Gewerkschaften bemühen sie sich, durch ihre Zersplitterung jeden Arbeitskampf der Niederlage auszuliefern.

Im Reichstag toben sie mit dem Munde gegen die Reaktion, bei der Reichspräsidentenwahl setzen sie mit dem Stimmzettel Sündenburg in den Sattel, der den Bürgerblut geschaffen hat.

Im Reichstag wollen die Kommunisten auf dem Papier den kapitalistischen Massenstaat einreißen, in der praktischen Arbeit des Parlaments stützen und fordern sie ihn im Wettstreit mit den Deutschnationalen.

Im Reichstag wollen sie den Bürgerblut stürzen. In demselben Reichstag haben sie den Bürgerblut erst ermöglicht. Würden sie in die republikanische Front einrücken, hätten die Monarchisten nichts zu melden.

Im Reichstag und überall sonst tun die Kommunisten das Gegenteil dessen, was sie sagen. Sie schlagen sich auf den eignen Mund.

Im Reichstag und überall sonst sind die Kommunisten entweder politische Säuglinge oder Dummköpfe. Weber mit den einen noch mit den andern setzen sich Sozialdemokraten an einen Verhandlungstisch.

Nebenbei bemerkt. . . .

Sto.

## Notizen

Die Zentrumsfraktion fordert neues Wahlrecht. Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Das geltende Wahlverfahren zur Reichstagswahl der deutschen Republik hat schwerwiegende Mängel im Gefolge gehabt. Durch die Listenwahl wird die Beeinflussung der Bewerberanzahl seitens der gesamten Wählererschaft wesentlich beeinträchtigt. Die Größe der Wahlkreise macht die notwendige enge Vertrauensverbindung zwischen Wählererschaft und Abgeordneten unmöglich. Wir fragen an: Ist die Reichsregierung bereit, einen Gesetzentwurf, der das Wahlverfahren zur Beseitigung dieser Mängel umgestaltet, so rechtzeitig einzubringen, daß er noch von dem jetzigen Reichstag verabschiedet wird? —

Der Nachfolger Rakowicki. „Reit Parisien“ zufolge hat der französische Ministerrat auf Briand's Vorschlag beschlossen, jenen Agreement (Zustimmung) zur Ernennung des von der Sowjetregierung als Nachfolger Rakowicki vorgeschlagenen Volkshaupters Dowgalewki zu geben. Briand habe sofort dem französischen Volkshaupter in Moskau diesen Beschluß mitgeteilt, der offiziell werden würde, sobald er der russischen Regierung zur Kenntnis gebracht worden sei. —

Betrogene Stiebler. In Berlin-Charlottenburg ist ein Stieblerungsaffäre bekannt geworden, mit dem sich nunmehr auch die Staatsanwaltschaft befaßt. Etwa 150 Mieter von neuen Wohnungen fühlen sich durch den Bauunternehmer um rund eine halbe Million Mark geschädigt und haben Anzeige wegen Betrugs gemacht. —

„Landesverrat.“ Das gegen den Heidelberger Privatbankier Dr. Gumbel schwebende Landesverratsverfahren ist eingeleitet worden, da Gumbel nachweisen konnte, daß die von ihm gemachten Angaben über die schwarze Reichswehr bereits bekannt waren. Bisher hat der Oberreichsanwalt allerdings selbst die Weitergabe von bekannten Tatsachen als Landesverrat aufzufassen verjücht. —

Der unbestätigte Rakowicki. Die japanische Regierung ist wie der „Morning Post“ Tokio meldet, einer Ernennung Rakowicki zum Volkshaupter in Japan abgeneigt und habe ihre Zustimmung deshalb noch nicht erteilt. —

# Besonders preiswerte Mantelstoffe

- Rips-Ottomane** die große Mode, ca. 140 cm breit . . . . . Mtr. 7.90 **6<sup>75</sup>**
- Velour de laine** einfarbig und mellert, 130/140 cm breit . . . . . Mtr. 12.50 **8<sup>90</sup>**
- Rips-Ottomane** besonders haltbare Qualitäten, 130/140 cm breit . . . . . Mtr. 10.75 **9<sup>85</sup>**
- Rips-Ottomane** feingerippte Ware in marineblau, schwarz, braun 140 cm breit . . . . . Mtr. 12.75 **11<sup>50</sup>**
- Ottomane-Jacquard** 140 cm breit, in modernen Mustern . . . . . Mtr. 13.75 **12<sup>75</sup>**
- Velour-Schlangenhaut** der moderne Mantelstoff, ca. 140 cm breit . . . Mtr. **14<sup>50</sup>**

# Lange & Münzer

Magdeburg  
Breiteweg 51-52



**Wasch- und Bleich-soda**  
das altbewährte Einweichmittel!

Genossenschafts-Mühle E. G. m. b. H. I. L.  
zu Hohendöbelen.  
Durch Beschluß der Generalversammlung vom 10. September 1927 wird die Genossenschaft aufgelöst. Einmalige Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden. Die Liquidatoren:  
Gustav Runge Alfred Coerdt

Die bewährte Schreibmaschine  
**KAPPEL**  
GENERAL-VERTRÄG UDO SEIFFE  
MAGDEBURG/ALTER MARKT 17  
TELEFON 1698/10098  
EIGENE REPARATURWERKSTATT!

Puppen- u. Kinderwagen-Verdecke  
werden billig und gut bezogen. — Ausfütterungen Schutzdecken, Gummireifen, Ersatzteile, Reparaturen. F. Gorges, Gouvernementsstr. 3, am Dompl.

**ÖFEN-HERDE**  
Spiegel- GIESAU Stephansbrücke 10.

Neu eröffnet Neu eröffnet  
**Besohlanstalt Volkswohl**  
Moltkestr. 12  
Bitte genau auf Firma zu achten  
Herren-Kernsohlen . . . 2.80  
Damen-Kernsohlen . . . 2.00  
Auf jedes Paar gebe ich jetzt noch 1 große Dose Seifencreme gratis

Ständesämtliche Nachrichten.  
Magdeburg-Stadt.  
Zu eskalieren 13. Oktober. Festschmied vorgeführt. Valide Karl Weber, 60 J. Fritz Paul reich Schmidt, 35 J. Kaufmann Kurt Hoffmann aus Schönebeck, 40 J. Günter, 6 des Schlossers Wiltz Heide, 1 W.  
Magdeburg-Budau.  
Todesfälle. 18. Oktober. Dreher Friedrich Griebel, 60 J. Gerde, 2 des Arbeiters Walter Fiedler, 3 J. Arnula Ilmarmarie, 9 des Eisenbahn-Aushelfers Otto Wofe, 11 S.  
Magdeburg-Renstabt.  
Todesfälle. Ehefrau des Weibgerber-Fabrikanten Hermann Burchardi, Theresie geb. Wöhring, 76 J. Heinz Haas, 1 J.  
Magdeburg-Eudenburg.  
Todesfälle. 17. Oktober. Ehefrau des Portmeisters Friedrich Wenzel, Ehe geb. Wedel aus Kalbede, 50 J. Ehefrau des Bauarbeiters Otto Dole, Emma geb. Ernst verw. Köhl, 49 J.  
Magdeburg-Südost.  
Todesfälle. a. D. Oberer Gisela, 2. des Eisenbahnangestellten Ernst Richter, 4 W.  
Magdeburg-Diehdorf.  
Todesfälle. 17. Oktober. Arbeiter Hermann Ludwig, 61 J. Arbeiterinwitwe Bertha Schröder geb. Brandt, 77 J.

**Zabels Besohlanstalt**  
am Alten Markt Telefon 1756 am Alten Markt  
**Stagenprüfung 12**  
Edle Schmeißergeräthe und Buttergasse liefert die  
**besten Sohlen zu tenturengelassenen Preisen**  
Sind Sie zufrieden, so zeigen Sie es allen, sind Sie nicht zufrieden, so zeigen Sie es nur und ich werde Ihnen die Sohlen noch einmal umsonst.  
Alle neuen Sohlen werden neu angefertigt.  
Billiger Lederverkauf! Billiger Lederverkauf!

**Pelze**  
Besten aller Art werden preisw. umgearbeitet. Neuankömmlinge von Fachsen und Häutern nach Mass. Lager in Häuten und Schoten von 1200 ab an.  
**C. Biela**  
Stützgermeister  
Listemannstraße neben dem Gas- und Säwern

**Pianos**  
monatlich 50.- Mark  
**Paul Schumann & Sohn**  
Breiter Weg 187  
Telephon 7326  
— Gegr. 1882 —

Ein Donnerstag von mittag an mit gutem spottbillig. Ferkeln in Selbst. Party ab bei Sakowitz Markt, sowie in Döbelen, Schiff.  
**Otto John, Barleben.**  
DOKTOR nehm Bettdecken der Kinder Schreiben Sie Dr. Barot, Rantes (Frankreich).

**Anzüge**  
Herren-Loden, Gamm, Herbst- u. Winteranzüge, Damen-Mäntel, Schuhe u. Stiefel liefert wir 5 Tage zum Probieren bedingungslos. Rücksendung ohne Anzahlung. Geg. bez. Wochenabrechnung v. G. M. 2. — Illustrierter Prospekt mit Preisl. gratis u. franko! Walter H. Gartz, Berlin S 42, Postfach 88 B

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzsendungen beim Beigange meiner bejagewerten Frau und meiner teuforgeden lieben Mutter lagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unter herzlichem Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Wirth für seine reichhaltigen Worte sowie den Bewohnern des Hauses 54 Oppenhe 15 und dem Naturheilverein Magdeb.-Renstabt unter innigsten Dank.  
Magdeb.-Renstabt, den 18. Oktober 1927  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**August Lenke und Kinder.**



**PROF. HEINE CUNOW DER EUROPÄISCHE URMENSCH**  
Mit 70 Abbildungen  
Diese populär geschriebene Darstellung zeigt, wie der Mensch der Urzeit im Kampf mit einer übermächtigen Natur und den Kämpfen seiner Umwelt zu immer höherer Stufe emporgelassen ist.  
Verlangen Sie durch Postkarte Bücherkreis Prospekte bei:  
**Buchhandlung Volksstimme**  
Magdeburg, Gr. Mühlstraße 5

**Gute Möbel**  
spottbillig  
Büffel . . . . . 4 142.  
Kroketz . . . . . 4 75.  
Auszugstisch . . . . . 4 32.  
4 teils Lederstühle 64.  
1 Polsterstuhl . . . . . 4 75.  
1 Stuhl . . . . . 4 50.  
Schrank . . . . . 4 55.  
Waschtisch . . . . . 4 50.  
Gehle . . . . . 4 24.  
2 Polsterstühle 27.  
2 Nachtschränke 37.  
1 Kleiderschrank 4 85.  
1 Schreibtisch . . . . . 4 85.  
1 Stuhl . . . . . 4 32.  
Trichterstr. Mühlstr. 1

**Möbel**  
Herrenzimmer  
Speisezimmer  
Schlafzimmer  
Küchen  
Einzelmöbel  
anfertigen Sie billig u. gut im Möbelhaus von  
**Wilhelm Söhle**  
Magdeburg, Rathenowstr. 12, Fernsprecher 3222.  
Größte Auswahl Zeitabnahme u. Garantie

**Prima Kapselstein**  
und  
**Kapselsteinpapier**  
empfehlen  
**Schiffahrt-Ordnung, Kruppstraße 24.**  
**Chaiselongues**  
Eleg. Kapsel-Ordnung, nicht billig u. schnell wieder käuflich, weil u. erlesen zu wert. u. G. Söhle, Lagermeister, Trichterstr. 12

**Schlafzimmer**  
Reife konzentriert vertauscht preiswert  
**Heinrich, Döbelen, Marktstr. 7**  
Am 21. Oktober 1927 von 10 Uhr vorwärts ab findet in unserem Saalbauwerk her — Öffentl. des Hauptabends — öffentliche Versteigerung von Buchstücken statt. Reichsstadtverwaltung  
Ne Seburg.

**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Ortsgruppe Langermünde**  
geht am Sonnabend den 22. und Sonntag den 23. Oktober 1927 die  
**Weihe des Ebert- und Gefallenen-Denkmal.**  
Festfolge:  
Sonnabend  
19<sup>15</sup> Uhr: Fackelzug u. Rede auf dem Marktplatz, anschließend Kommerz im „Elbpar“.  
Sonntag  
7 Uhr: Seden.  
8 Uhr: Empfang der auswärtigen Ortsgruppen.  
11<sup>15</sup>—12<sup>15</sup> Uhr: Konzert auf dem Marktplatz.  
13<sup>15</sup> Uhr: Umzug durch die St. St. und Behe des Deutmal. Führer der drei republikan. Parteien.  
19 Uhr: Festball im „Elbpar“.  
Die geliebte Erinnerung und Kameraden werden herdurch herzlich eingeladen. Wir eruchen die Erinnerung, ihre Häuser zu schmücken und unsere Farben u. zeigen. Laub kann nicht bejaght werden.  
Der Vorstand.  
NB. Alle Kameraden treten am Sonnabend 17.30 Uhr im Saal des „Zum Renstabter Weg“ zum Empfang der Festredner an.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten und Bekannten auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank den Mitarbeitern der Reichsbahnverwaltung, den Mitbewohnern des Hauses Westernplan Nr. 11 und Herrn Pastor Wöhring.  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**Karl Stage.**

Am 17. Oktober verchied nach kurzem Leiden infolge Schlaganfalls meine liebe Frau, meine jorgame Mutter, unsere Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter  
**Theresie Burchardi geb. Wöhring**  
im 77. Lebensjahr.  
Magdeburg, Rothenjfer Str. 25b.  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**Herrn Burchardi**  
nebst Angehörigen.  
Die Beerdigung findet am Freitag den 21. Oktober nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Reustädter Friedhofs aus statt.

**Kartoffeln**  
Sollt Größe-Schuhgröße, groß, mittel und klein, Str. 4/5 200, 10 200, 20 200, 30 200, 40 200, 50 200, 60 200, 70 200, 80 200, 90 200, 100 200, 110 200, 120 200, 130 200, 140 200, 150 200, 160 200, 170 200, 180 200, 190 200, 200 200.  
Str. 1  
Sollt Größe-Schuhgröße, groß, mittel und klein, Str. 4/5 200, 10 200, 20 200, 30 200, 40 200, 50 200, 60 200, 70 200, 80 200, 90 200, 100 200, 110 200, 120 200, 130 200, 140 200, 150 200, 160 200, 170 200, 180 200, 190 200, 200 200.

**Jedes Buch**  
wird Ihnen zu einem günstigen Preis angeboten.  
**Schiffahrt-Ordnung, Kruppstraße 24.**

**Magdeburger Fischhallen**  
der Deutschen Seefischhandels-Aktiengesellschaft  
Täglich Zufuhr frischer Seefische und Räucherwaren  
empfehlen in erstklassiger Qualität:  
E. frische Kabelja, 2 u. 3 Pfd. . . . . Pfund 40.- | E. frische Bratenfische . . . . . Pfund 30.-  
E. frische Gabelschellfisch ohne Kopf . . . . . Pfund 40.- | E. frische Makrelen . . . . . Pfund 40.-  
E. großen Seesardens im Anschuß . . . . . Pfund 45.- | E. frische Bratenfische . . . . . Pfund 30.-  
E. großen Schellfisch i. Anschuß . . . . . Pfund 60.- | E. Fischöl ohne Gräten . . . . . Pfund 70.-  
Feinste bestes geschmackvolles Angel-Schellfisch, Matfisch Pfund 60.-  
E. frischen Seehecht im Anschuß Pfund 100.- | E. frischen Flusskarpfen . . . . . Pfund 120.-  
Lebende Aale, lebende Karpfen, lebende Schleie, lebende Hummer und Krebse  
Früher lebende Schuppen-Karpfen, Karpfen, gro Pfund 120.-  
Seefischzellen:  
Alte Brückstraße Nr. 13 | Breite Weg Nr. 91/93 | Mühlstraße Nr. 75 | Mühlstr. an Kanal

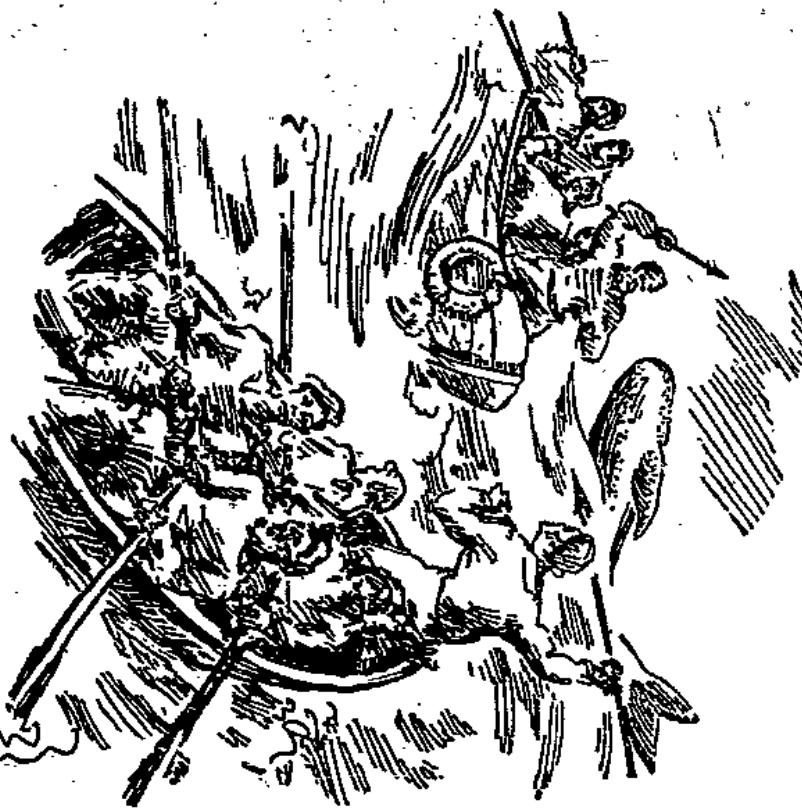


**Liebe und Hühneraugen?**  
Ersttötend folgt er ihren Spuren, Jedoch das Hühnerauge schmerzt, Hält er es nur statt anderer Kuren Mit „Lebewohl“ gleich ausgemerzt!  
Geschieht es natürlich das berüchtete, von vielen Ärzten empfohlene „Lebewohl“-Mittel, und Lebewohl-Pflaster, Bleichsode (3 Pflaster) 2 Pl. Lebewohl-Pflaster gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schweiß 2 Bänder 50 Pl., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Wenn Sie keine Entschlossenungen erleben wollen, verlangen Sie ausdrücklich das echte Lebewohl in Bleichsode und weisen andere, angeblich „Lebewohl“-Mittel zurück.

**Sozialdemokratische Partei Magdeburg.**  
Nachruf.  
Folgende Mitglieder sind uns im letzten Herbstjahre aus unsern Reihen entzogen worden:  
**Herrn Heißig** | **Emil Schramm**  
**Emil Segemann** | **Karl Gievers**  
**Gustav Keffel** | **Wilhelm Weber**  
**Chr. Köpke** | **Karl Weiser**  
Wir werden der Genossin und den Genossen ein ehrendes Andenken bewahren.  
Der Vorstand.



Die Spinnweben durchdringt die Luft und fast kein im Fortschritt der Natur...



Sie ist ihm los — aber ich fühle die Zange! Meine Worte befehlen sie nicht, aber meine Bewegung...

Die Spinnweben durchdringt die Luft und fast kein im Fortschritt der Natur...

Die Schöpfung des Menschen

Erzählt von Carl Gustav Carlin

Querschnitt der Schöpfung: Ein weicher Mensch muß vor allem große Kraft haben...

Der Mensch hat in den Fingern die Spinnweben nicht vergessen...

Siehe lange Rede beruhigte die Tiere ganz etwas, es war aber noch viel Dummheit in dem Streife...

Die Spinnweben in Sage und Volksglauben

Die Spinnweben nimmt in den Sagen und im Volksglauben eine bedeutende Stelle ein...

Die Spinnweben in Sage und Volksglauben

Bei einer Dornrose soll man alle darin befindlichen Spinnweben auf besondere Weise...

Die Spinnweben durchdringt die Luft und fast kein im Fortschritt der Natur...

Siehe lange Rede beruhigte die Tiere ganz etwas, es war aber noch viel Dummheit in dem Streife...

Die Spinnweben nimmt in den Sagen und im Volksglauben eine bedeutende Stelle ein...

Die Spinnweben in Sage und Volksglauben

Bei einer Dornrose soll man alle darin befindlichen Spinnweben auf besondere Weise...

Die Spinnweben in Sage und Volksglauben

Erzählt von Carl Gustav Carlin

Die Spinnweben durchdringt die Luft und fast kein im Fortschritt der Natur...

Siehe lange Rede beruhigte die Tiere ganz etwas, es war aber noch viel Dummheit in dem Streife...

Die Spinnweben nimmt in den Sagen und im Volksglauben eine bedeutende Stelle ein...

Die Spinnweben in Sage und Volksglauben

Bei einer Dornrose soll man alle darin befindlichen Spinnweben auf besondere Weise...

Die Spinnweben in Sage und Volksglauben

Erzählt von Carl Gustav Carlin

# Magdeburger Angelegenheiten

## Eine Mark

Vor mir liegt eine Mark, etwas schwarz in ihrem Äußern, vielleicht hat sie ein Schornsteinfeger in seiner Tasche getragen. Aber das geht nicht gut; denn ein Schornsteinfeger hat in seiner Arbeitskleidung keine Taschen und im Strahlenanzug eines Schornsteinfegers darf man eine so intensive Abfärbungsmöglichkeit nicht mehr vermuten. Vielleicht hat sie ein Arbeiter einer chemischen Fabrik in der Tasche gehabt.

Zuerst kam die Mark aus der Prägeanstalt. In Rollen verpackt, nahm sie den Weg über Reichsbank, Privatbank, Lohnbureau und so weiter zum Volk. Ein Arbeiter bekam sie als Lohn, trug sie, vielleicht mit noch andern Münzen, ins Abzählungsgeschäft, von dort ging sie den Weg in Arbeiterhände zurück, wurde „herausgegeben“ und dann vielleicht gegen ein paar Glas Bier eingetauscht. Der Bierkutscher holte sie am nächsten Tag ab, um sie in einem Kramladen zu lassen. Dort ging sie den Weg zum Kolonialwaren-Großhändler, der sie gefälligkeits halber einem Schlächter als „Kleingeld“ überließ. Beim Einkauf wurde sie wieder herausgegeben und wanderte nun zur „Sparkasse“. Von da aus ging sie zur Armenverwaltung und gelangte als willkommenes Geschenk in die Hände eines alten Mütterleins, die sie, mit einer Preudenträne beneht, in Brot eintauchte.

Der Bäcker benutzte die Mark mit zur Begleichung einer Mehlsrechnung an die Mühle, und von da aus ging sie den Weg zu einem Bauern, der sein Getreide verkaufte. Eine Magd war die nächste glückliche Besitzerin, die sich dafür ein Paar Strümpfe erstand. Eine Verkäuferin im Strumpfladen erhielt sie als Gehalt, schaffte sie ins Kino, von dort kam die Mark ins Finanzamt, wo sie zur Begleichung der Miete mit verwendet wurde. Der Vermieter der vermieteten Räume, der Fiskus, gab sie einem Soldaten als Gehalt, der kaufte sich dafür Zigaretten und dann kam sie in meine Hände.

Nun liegt sie vor mir, und ich zerbreche mir den Kopf, wer sie auf die Stabilität mit den Zähnen bearbeitet haben mag. Vielleicht habe ich ihren Lauf zu stark gekürzt, daß sie erst entweder bei einem „Eisenpresser“ gewesen ist, oder ein Junggeselle hatte den Ladenschluß verpaßt und sie — vielleicht aus Hunger — „anknabbern“ wollen.

Mühselos ist die Mark gewandert, hat Freude und Leid gesehen, ist in stummer Gleichgültigkeit als wertvolles Zahlungsmittel verwendet worden; ist selbst gefühllos, kommt und geht, wie alles in der Welt. Doch ich habe beschlossen, über die Mark einen „strengen Arrest“ zu verhängen, sie soll in meine Sparbüchse wandern. Und wenn die Sparbüchse geöffnet wird, werde ich die Mark, die „angeknabbert“ ist, nicht mit abliefern, sondern sie als „Silbernen“ Bestand weiter einperren, bis entweder ein Aufkauf die Einlösung gegen andre Zahlungsmittel erfordert, oder bis mich die Not dazu zwingt, sie wieder dem rollenden Verkehr zu übergeben.

## Gesundheitszeugnisse und Geschlechtskrankheiten

Das städtische Gesundheitsamt hat von Männern und Frauen, die ihm als verdächtig bekannt werden, Geschlechtskrankheiten zu verbreiten, auf Grund des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Gesundheitszeugnisse einzufordern. Bei allen, die dem Gesundheitsamt als krank bekannt werden, ist nach der Anstaltsquelle zu forschen. Bei denen, die im Verdacht stehen, Anstaltsquelle gewesen zu sein, hat sich das Gesundheitsamt Gewißheit über den geschlechtlichen Gesundheitszustand zu verschaffen.

Anzeigen, die aus dem Publikum kommen, dürfen nur Beachtung finden, wenn sie die Unterschrift des Anzeigenden tragen — anonyme Anzeigen finden keine Beachtung — und wenn sich bei der Vernehmung des Anzeigenden durch den Arzt oder die besonders geschulte Fürsorgerin hinreichende Verdachtsmomente ergeben. Dann erst ist ein Attest einzufordern. Der Name des Anzeigenden darf dem Angezeigten nicht genannt werden. Personen, von denen bekannt ist, daß sie wechselnden Geschlechtsverkehr treiben, sind zur eventuellen mehrmaligen Verbringung vor Attesten anzuhalten.

Generell müssen zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten Umen, die fremde Kinder stillen, und Eltern, die ihr Kind von fremden Frauen stillen lassen wollen, Gesundheitszeugnisse — letztere über ihr Kind — beibringen. Auch Pflegeeltern werden zur Vermeidung von Strafen gut daran tun, sich über ihre eigene Gesundheit und die des Kindes zu vergewissern.

Das Gesundheitsamt fordert die Verdächtigen unaufällig durch einen Brief ohne Aufdruck zur Verbringung des Zeugnisses ein. Dieses kann entweder von einer unentgeltlichen Untersuchungsstelle (Beratungsstelle der Landesversicherungsanstalt, Weinstraße 9, städtische Sanitäts) oder von einem Kaiser- oder Privatarzt ausgestellt werden. Die Kosten der Untersuchung bei letzterem trägt allerdings der Kranke selbst. Mehrmalige Atteste können auch verlangt werden, wenn das erste Attest einen zweifelhaften Befund auspricht.

Wer sich als Geschlechtskranker ordnungsgemäß behandeln läßt, und vor seiner Heilung andre nicht gefährdet, bleibt seitens des Gesundheitsamtes völlig unbehelligt. Dem Behandlungszwang steht auch ein Behandlungsrecht für Kinderheimkinder gegenüber. Aber für die Kranken, die sich der Behandlung entziehen, besteht eine Meldepflicht der Ärzte an das Gesundheitsamt. Solche Kranke können, wenn sie sich nicht freiwillig weiter behandeln lassen, auch der Zwangsbehandlung in einem Krankenhaus zugeführt werden; ebenso können solche Personen, die, obwohl sie krank sind, andre Personen weitergefährden, in geschlossenen Krankenhausbteilungen untergebracht werden, wo sie bis zur Heilung festgehalten werden.

## Wo ist Arbeitslosenunterstützung zu beantragen?

Grundsätzlich ist nach § 168 des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung zur Entgegennahme des Antrags auf Arbeitslosenunterstützung das Arbeitsamt zuständig, in dessen Bezirk der Arbeitslose bei der Arbeitslosmeldung seinen Wohnort hat. Zur Begründung eines Wohnortes ist nicht, wie bei einem „Wohnort“ im bürgerlich-rechtlichen Sinne, die Absicht für längere Niederlassung erforderlich. Es genügt vielmehr, daß jemand an einem Orte mit der Absicht längerer Verbleiben wohnt, so daß der Ort „den Mittelpunkt seiner Lebensverhältnisse“ bildet. Durch Saisonarbeit allein wird kein Wohnort begründet. Das befragt der Absatz 2 des § 168, welcher lautet: „Wer sich an einem Orte aufhält, um eine Beschäftigung auszuüben, die ihrer Natur nach auf einen Teil des Jahres beschränkt ist, begründet dadurch allein noch keinen Wohnort.“ Danach muß also bei einer Saisonarbeit schon die Absicht des Beschäftigten, über die Saison hinaus am Orte zu verbleiben, hinzukommen, um den „Wohnort“ zu begründen. Natürlich müßte im Einzelfall solche

# Soziale Reaktion im Magdeburger Wohlfahrtsamt

In der vorletzten Stadtkonferenz stand ein sozialdemokratischer Antrag auf Erhöhung der Nichtsätze für die Hilfsbedürftigen zur Verhandlung. Vom Magistrat wurde bei dieser Gelegenheit der Beschluß des Verwaltungsausschusses des Wohlfahrtsamtes erwähnt, der eine Erhöhung der Nichtsätze um 12 1/2 Prozent am 1. Oktober vorsieht. Demnach gilt in der allgemeinen Fürsorge der Nichtsatz für Alleinstehende nunmehr 36 Mark und für Ehepaare 52 Mark. In der gehobenen Fürsorge steigen sich die Sätze von 40 Mark auf 45 Mark für Alleinstehende und von 60 Mark auf 65,50 Mark für Ehepaare. Diese geringe Erhöhung der Nichtsätze muß noch als ungenügend bezeichnet werden, weil sie keineswegs einen Ausgleich der in den letzten Wochen eingetretenen Lücke bringt.

## Anrechnung und Nichtanrechnung.

Der sozialdemokratische Antrag verlangte jedoch noch weiter, daß die am 1. Juli eingetretene Erhöhung der Steigerungssätze in der Invalidentversicherung auf die Nichtsätze nicht in Anrechnung gebracht werden soll. Sonderbarerweise erklärte der Vertreter des Magistrats in der Stadtkonferenz-Sitzung, daß dieser Nichtanrechnung nicht entgegen zu werden könne, weil gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstünden. Es solle aber keine schematische Kürzung erfolgen. Aus der Praxis des Wohlfahrtsamtes wird sich jedoch ergeben, daß als Folge dieser Erklärung so gut wie in allen Fällen die Erhöhungen der Steigerungssätze in Anrechnung gebracht werden. Mit Recht befürchten die Verbände der Fürsorgeberechtigten, daß nur in seltenen Ausnahmefällen, und wahrscheinlich nur, um damit die Regel der Kürzung zu bestätigen, von der Anrechnung der Erhöhung der Steigerungssätze abgesehen wird.

Damit stellt sich das Wohlfahrtsamt Magdeburg wieder einmal in den Dienst sozialer Reaktion. Anscheinend sind für das Magdeburger Wohlfahrtsamt, wie sich das auch schon bei den Verhandlungen über die Heilbehandlung nichtversicherter Arbeitslosen gezeigt hat, die Beschlüsse der Konferenzen der großstädtischen Wohlfahrtsbegegnungen maßgebender als die eigene soziale Erkenntnis. Diese Dezentral-Konferenzen haben sich schon sehr oft hemmend auf die Fortentwicklung der Wohlfahrtsfragen ausgewirkt.

## Der Standpunkt des Reichsarbeitsministers.

Der Reichsarbeitsminister hat gegen die reaktionäre Stellungnahme einzelner Wohlfahrtsämter und ihrer Dezentralen in Voraussicht des Kommenden schon unter dem 25. April d. J. eine Anweisung an die Landesregierungen herausgegeben, an deren entscheidender Stelle es heißt:

Es ist die Befürchtung geäußert worden, daß die Fürsorgeverbände ihre Unterstellungen für Sozialrentner allgemein ohne individuelle Prüfung um den Betrag der Rentenerhöhung kürzen könnten, so daß sich die Einkommenbezüge der Sozialrentner trotz der neuen gesetzlichen Bestimmungen nicht ändern würden. Ein solches Verfahren wäre weder mit den Absichten, die den Reichstag zur Erhöhung der Invalidentrenten veranlaßt haben, noch mit den Vorschriften der Reichsgrundgesetze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vereinbar. Nach § 10 der Reichsgrundgesetze soll sich die Hälfte der Fürsorge nach der Bedürftigkeit des Falles, namentlich nach Art und Dauer der Not, nach der Person des Hilfsbedürftigen und nach den örtlichen Verhältnissen richten. Demgemäß wird auch die Frage, ob und inwieweit die Invalidentrente bei der Bemessung der Fürsorgeleistungen in Betracht zu ziehen ist, je nach Lage des Einzelfalles entschieden werden müssen. Eine schematische Kürzung der Fürsorgeleistungen um den Betrag der Rentenerhöhung würde dem Gebot der Individualisierung der Fürsorge widersprechen.

Neben sozial eingestellte Kommunalpolitiker muß doch aus dieser Verfügung herausgehen, daß die Absicht des Gesetzgebers es gewesen ist, die erhöhten Steigerungssätze den Invalidentrentnern zugute kommen zu lassen und nicht etwa den Bezirksfürsorgeverbänden die Möglichkeit zu geben, durch Anrechnung dieser erhöhten Beträge die eigenen Ausgaben in der Sozialrentnerfürsorge zu mindern.

## Wie halten es andre Fürsorgeverbände?

Erfahrungsgemäß sind nicht alle Bezirksfürsorgeverbände in sozialer Beziehung so engherzig eingestellt wie Magdeburg. Eine Rundfrage des „Bezirksausschusses für Kommunalpolitik der Sozialdemokratischen Partei für den Bezirk Magdeburg-Anhalt“ hat ergeben, daß die übergroße Mehrzahl der Bezirksfürsorgeverbände im Bezirk die Anrechnung der erhöhten Steigerungssätze gemäß der Verfügung des Reichsarbeitsministeriums unterläßt. Die Steigerungssätze werden nicht angerechnet in den Landkreisen Gardelegen, Jerichow I, Jerichow II, Neuhaldensleben, Osterburg, Salzwedel, Wanzleben, Wolmirstedt. Der Bezirksfürsorgeverband Calbe rechnet bei allen alten Renten die Steigerungssätze nicht an. Bei den neu angefallenen Renten wird von Fall zu Fall entschieden. Ebenso verfährt der Landkreis Stendal. Bei den Renten, die vor dem 1. Juli 1927 festgelegt worden sind, werden auch dort die Steigerungssätze nicht angerechnet, bei den Rentenfestsetzungen, die nach dem 1. Juli 1927 erfolgt sind, wird die Anrechnung vorgenommen. Der Bezirksfürsorgeverband Aschersleben rechnet bis zum 1. Oktober 1927 die erhöhten Steigerungssätze nicht an. Es soll eine Steigerung der Nichtsätze vorgenommen werden und dann soll eventuell eine Anrechnung erfolgen. Nur die Bezirksfürsorgeverbände Halberstadt, Quedlinburg, Wer-

nigerode haben die Steigerungsbeträge auf die Sozialrente angerechnet.

Bei den kreisfreien Städten werden in Burg die Steigerungsbeträge nicht angerechnet. Die Stadt Quedlinburg rechnet sie voll an; desgleichen die Stadt Stendal. Aschersleben rechnet die Rente gleichfalls an, hat aber den Nichtsatz von 35 auf 40 Mark erhöht.

Magdeburg sollte sich ein Beispiel an den Landkreisen nehmen und nicht etwa an der kleinen Zahl derjenigen Fürsorgeverbände, die die reaktionäre Methode der Anrechnung durchführen.

Es wird eingewendet, daß es eine Schematisierung bedeuten würde, wenn ganz allgemein die Anrechnung der erhöhten Steigerungsbeträge unterbleiben würde. Eine solche Schematisierung aber sei in der Wohlfahrtspflege unzulässig. Das ist auch unsere Auffassung, aber gerade deshalb werden wir uns scharf gegen die schematische Anrechnung, müssen vielmehr verlangen, daß nur in Ausnahmefällen zu prüfen wäre, ob die Anrechnung stattfindet. Allgemein sollte man aber dem Erlaß des Reichsarbeitsministers Rechnung tragen, weil, wie es in diesem Erlaß zum Schluß heißt

„eine schematische Kürzung der Fürsorgeleistungen um den Betrag der Rentenerhöhung der Individualisierung der Fürsorge widersprechen würde“.

## Schlechter Trost für Notleidende.

Weiter wird immer noch zur Verteidigung des Standpunktes des Magdeburger Wohlfahrtsamtes angeführt, daß es gar nicht im Interesse der Sozialrentner liege, fortgesetzt die Nichtsätze heraufzuschrauben. Richtiger sei es vielmehr, danach zu streben, allgemein die Invalidentrente zu erhöhen. Das ist eine selbstverständliche Forderung, die besonders von der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag fortgesetzt und energisch vertreten wird. Die Sozialdemokraten hatten ja eine solche allgemeine Erhöhung beantragt. Weil man sich jedoch damals dazu nicht entschließen konnte, wurde nur eine Verdoppelung der Steigerungssätze beschlossen. Wenn man die Sozialrentner immer wieder auf eine entsprechende Erhöhung der Invalidentrenten durch das Reich vertrauen will, so werden sie wahrscheinlich, besonders unter dem augenblicklichen sozialpolitischen Kurs der Reichsregierung, den Tag kaum noch erleben, an dem eine ausreichende Invalidentrente in dem Maße beschlossen sein wird, daß die Festsetzung der Nichtsätze sich erübrigen sollte. Es wird ihnen wie den Kriegerveteranen mit der Heilbehandlung ergehen. In den Bezirksfürsorgeverbänden erklärt man, daß das Reich dafür zuständig sei. Mit dieser Vertagung auf den Sanitätsministerkongress sind die Hilfsbedürftigen wirklich nicht zufriedenzustellen, ist ihrer Not nicht gesteuert.

## Einige Beispiele.

Die Anrechnung der Steigerungsbeträge bringt trotz der Erhöhung der Nichtsätze ab 1. Oktober den Sozialrentnern nicht den vollen Genuß der verdoppelten Steigerungsbeträge. An einigen Beispielen mag das erläutert werden. Ein Rentner erhielt bis zum 1. Juli 24 Mark monatlich aus der Invalidentversicherung, die sich zusammensetzten aus 20 Mark Grundbetrag und 4 Mark Steigerungsbetrag. Durch Verdoppelung der Steigerungssätze stieg die Rente auf 28 Mark. Der Nichtsatz in Magdeburg betrug bis 1. Oktober 40 Mark für alleinstehende Sozialrentner, so daß das Wohlfahrtsamt bis 1. Juli 16 Mark, bis 1. Oktober 12 Mark Sozialrente hinzuzufügen mußte. Von der Rentenerhöhung hat der Rentner selbst gar nichts gespürt. Sie kam allein der Kasse des Wohlfahrtsamtes zugute. Durch die neue Erhöhung der Nichtsätze am 1. Oktober wird der städtische Zuschuß auf 17 Mark erhöht, die Rente für den Empfänger jedoch in Wirklichkeit nur um 1 Mark, denn würden die erhöhten Steigerungsbeträge nicht angerechnet sein, so wären ja die Gesamtbezüge des Rentners schon ohne Nichtsaherhöhung auf 44 Mark gestiegen.

Noch weit ungünstiger ergab es bei den Rentnern, die einen höheren Steigerungsbetrag erhalten. In einem Falle, wo neben dem Grundbetrag von 20 Mark ein Steigerungsbetrag von 8 Mark, insgesamt also 28 Mark Rente bis 1. Juli gezahlt wurden, stieg die Rente mit der Verdoppelung der Steigerungssätze auf 36 Mark. Hätte das Wohlfahrtsamt die erhöhten Sätze nicht angerechnet, so bekäme der Rentner insgesamt 48 Mark im Monat. Da der neue Nichtsatz aber nur 45 Mark beträgt, büßt er trotz Erhöhung des Nichtsatzes und trotz Verdoppelung der Steigerungsbeträge noch 3 Mark ein.

## Für den sozialen Fortschritt.

Das ist keine sozialfortschrittliche Methode im Magdeburger Wohlfahrtsamt, dessen sonstige Arbeiten auf zahlreichen andern Gebieten auch von uns anerkannt werden. Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion im Stadtparlament wird es ganz selbstverständlich sein müssen, mit aller Kraft darauf hinzuwirken, daß in der Wohlfahrtspflege nicht etwa auf Kosten der Hilfsbedürftigen ein Abbau erfolgt. Alles muß versucht werden, um wirksame Hilfe zu leisten, um allen sozialreaktionären Tendenzen die Spitze abzubreaken. Die sozialdemokratische Stadtkonferenzfraktion kann es nicht dulden, daß das Magdeburger Wohlfahrtsamt in das Schlepptau der sozialen Reaktion genommen wird. Es kommt darauf an, weitestgehende kommunale Sozialpolitik zu treiben, die nicht rückwärts, sondern vorwärts will. Die Hilfsbedürftigen sehen ihre Hoffnung auf die sozialdemokratische Partei. Diese darf die Gestaltung der Wohlfahrtspflege nicht den Konferenzen der großstädtischen Wohlfahrtsbegegnungen überlassen, sondern muß selbst und direkt mitwirken. Auch in Magdeburg.

Absicht sich aus besonderen Umständen, beispielsweise aus dem Abschluß eines über die Saison hinaus dauernden Arbeits- oder auch Mietvertrages, freileiten lassen. Im allgemeinen verlieren hiernach Saisonarbeiter ihren bisherigen Wohnort nicht, solange sie die Absicht haben, nach der Saison dorthin zurückzukehren.

Hat der Arbeitslose keinen Wohnort, was beispielsweise bei den Hausgehilfen und Hausangestellten in der Regel zutreffen wird, so ist das Arbeitsamt zuständig, in dessen Bezirk er sich bei der Arbeitslosmeldung aufhält. Diese Zuständigkeit gilt aber nur für die Dauer des auswärtigen Aufenthalts, so daß sie in der Praxis wenig Bedeutung haben mag, da ein außerhalb seines Wohnortes arbeitslos werdender Versicherter regelmäßig sofort seinen Wohnort aufsuchen wird.

Hat der Arbeitslose zwar einen Wohnort, kann er sich aber infolge seiner Berufstätigkeit (beispielsweise in der Himmelfahrt) an diesem in der Regel nicht aufhalten, so soll auch für ihn das Arbeitsamt zuständig sein, in dessen Bezirk er sich bei der Arbeitslosmeldung aufhält. Diese Zuständigkeit gilt aber nur für die Dauer des auswärtigen Aufenthalts, so daß sie in der Praxis wenig Bedeutung haben mag, da ein außerhalb seines Wohnortes arbeitslos werdender Versicherter regelmäßig sofort seinen Wohnort aufsuchen wird.

Von großer Wichtigkeit — insbesondere für alle Versicherten, die keinen Wohnort haben — ist die Bestimmung des Absatz 3 des § 168, nach welcher der Vorsitzende des Arbeitsamtes auf Antrag des Arbeitslosen ein anders Arbeitsamt, als es nach den vorausgehenden Vorschriften in Betracht kommt, für zuständig erklären kann. Lehnt der Vorsitzende solches im Einzelfall ab, so geht die Entscheidungsbefugnis, ohne daß der Arbeitslose das erst beantragen mußte, auf den Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes über. Hier gilt der Antrag als bewilligt, wenn er nicht mit Zweifeln behaftet abgelehnt wird.

Anderes als bei der „Erwerbslosenfürsorge“ steht das neue Gesetz ein besonderes Verfahren bei Streit über die Zuständig-

keit des Arbeitsamtes vor. Einen solchen Streit entscheidet, wenn die in Betracht kommenden Arbeitsämter dem Bezirke des gleichen Landesarbeitsamtes angehören, dessen Vorsitzender, andernfalls der Präsident der Reichsanstalt.

Auf Wandererschaft gehende männliche Versicherte können sich vom Vorsitzenden des Arbeitsamtes einen Wanderzettel ausstellen lassen, wenn das Wandern zur Erlangung einer geeigneten Beschäftigung und beruflichen Weiterbildung zweckmäßig erscheint. Der Wanderzettel begründet die Zuständigkeit zum Bezüge der Arbeitslosenunterstützung in den Orten der Wandererschaft.

## Wie schützt man sich gegen Erkältung?

Der Herbst mit seinen kühlen Winden und Regenschauern, vor allem aber mit seinen unregelmäßigen Temperaturen ist die Zeit der Erkältungen. Wer sich gegen Erkältung schützen will, der muß vor allem über die Entstehung der Erkältung Bescheid wissen. Dabei ist festzustellen, daß jede Erkältung, auch der gewöhnliche Schnupfen, eine Infektionskrankheit darstellt. Das uns ständig in der Luft wie auf der Körperoberfläche bestehende Meer der Krankheitserreger findet den, durch eine plötzliche Abkühlung entstandenen schwachen Punkt an unserer Abwehrfront schnell heraus und bringt da in den Körper ein, wo durch ungenügende Blutzirkulation die Widerstandsfähigkeit übergehend herabgesetzt ist.

Eine solche örtliche Abkühlung kann durch Zugluft an schlecht gedämmten Stellen des Körpers entstehen, repetitive durch kalte Füße oder dergleichen hervorgerufen werden. Selten krank, wie z. B. beim Exerzieren der von der plötzlichen Kälteeinwirkung direkt betroffene Körperpartie, sondern meist kommt es sich, wie bei dem durch kalte Füße entstandenen Schnupfen, nur eine Fernwirkung, die auf dem Nervenweg fortgeleitet wird.





Nachrichten aus der Provinz
Weihnachts-Lotterie der Arbeiterwohlfahrt

Werte Genossinnen und Genossen! Wie bereits mitgeteilt wurde, findet auch diese Weihnachten eine Wohlhabens-Lotterie zugunsten der Bestrebungen der Ortsaus-

Im vorigen Jahre sind die Solinger Stahlwaren als Gewinne sehr geschätzt gewesen; es kommen auch in diesem Jahre die Gewinne im Werte von 2 und 3 Mark in Solinger Stahl-

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Abteilung Lotterie, Magdeburg, Regierungstraße 1.

Spruchkammern des Landesamts

Das Landesamtsamt Sachsen-Anhalt in Magdeburg teilt folgendes mit: Der Vorsitzende des Landesamtsamts Sachsen-

Arbeitslosenversicherung und Landarbeiter

Aus den Kreisen des deutschnationalen Zentralverbandes der Landarbeiter ist dem Deutschen Landarbeiterverband wiederholt

Demgegenüber stellt der Deutsche Landarbeiterverband folgendes fest: Es ist richtig, daß die Vertreter des Deutschen Land-

sich vor allem die Deutschnationalen Volkspartei, die die Partei, der der Vorsitzende des Zentralverbandes der Landarbeiter als

In übrigen müssen die Vertreter des Zentralverbandes der Landarbeiter darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie es

Bei der Gestaltung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes sind für die Landarbeiter zweifellos erhebliche Fortschritte erreicht

An unsere Kolporteure!
Werbezeitungen

für die vom 6. bis 13. November stattfindende Werbewoche

Die Schulen in der Provinz

Wir veröffentlichen kürzlich statistische Angaben über die öffentlichen Volksschulen, Lehrkräfte und Schulkinder im preußischen

Der Fleischverbrauch

Nach amtlichen Feststellungen ergaben die beschaupflichtig vorgenommenen Schlachtungen im 2. Vierteljahr 1927 eine Fleisch-

jungen ist. Es handelt sich vorzugsweise um Kinder, und zwar liegen Ermittlungen der Wissenschaft für das Jahr 1928 vor,

Die Wertwohnungen

Gegen die Befegung der Wertwohnungen landwirtschaftlicher Betriebe mit Betriebsfremden nimmt die agrarische Presse

Diese agrarischen Klagefieber sind nicht neu. Die landwirtschaftlichen Unternehmer vergessen, daß sie selbst in der Hand

Ein anderer Ausweg besteht darin, daß sich die landwirtschaftlichen Unternehmer mehr als bisher um eine anderweitige

Obstbaumkultur

In der Lehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau in Berlin-Dahlem findet in der Woche vom 24. bis 29. Oktober,

Die Finanzpolitik der kommunalen Sparkassen

Der Technischeerrat des Sparkassen- und Giroverbandes für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt empfiehlt den kommunalen

Die Sparkassen erheben nur Debitszinsen vom dem wirklich geschuldeten Betrag und nicht vom dem bewilligten Kredit.

Bermittlungsstellen für Roggen Schuldner

Wie der „Amtliche Preussische Presse-Dienst“ mitteilt, sind zur Sanierung der in Notlage geratenen Roggen Schuldner bei den

Die Vermittlungsstellen sollen im Falle eines drohenden Zwangsversteigerungs- oder Zwangsverwaltungsverfahrens ihre

Der falsche Prinz

Erinnerungen von Harry Domela. Copyright by Malik-Verlag, Berlin (42. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Schon vor der Oper hatte ich in der sonst so stillen Halle ein ungewöhnliches Leben und Treiben bemerkt. Als ich meine Gäste

Als ich von draußen wieder in die Halle trat, hatte er mich auch schon erfaßt. Er gab sich einen Ruck, wußte sich seinen Gesicht

Sie teilte mir mit, Königliche Hoheit hätten heute den Besuch der Prinzessinnen aus Groß-Zabarg...

Ja, dies war auch so ein Gefahrenpunkt: Ganz in der Nähe von Gotha wohnte auf Schloß Groß-Zabarg die Prinzessin Friedrich

Die Zeitungen

Der Direktor kam jetzt mit der Zeitung. Ich war nachlässig einen Blick auf das Blatt, auf dem der Bericht über mich

Warum erzählen Sie mir denn diesen Quatsch, wenn Sie die Zeitungen nicht zur Hand haben?

Pöhllich schien ihm eine Idee gekommen zu sein. „Verzeihen, Königliche Hoheit, eine Sekunde!“

Ich fiebernte innerlich vor Aufregung über die Nachrichten der Zeitungen. Jeden Augenblick konnte der Glanz da sein. Ich

sind deshalb angehalten worden, den Vermittlungsstellen von einem drohenden Zwangsverfahren Mitteilung zu machen. Die Vermittlungsstellen können im Falle eines drohenden Zwangsverfahrens oder Zwangsverwaltungsverfahrens auch von den betroffenen Roggenschuldnern angerufen werden. Sie sollen die Sanierung des Roggenschuldners durch Vergleichsverhandlungen mit den Gläubigern, durch Umwandlung von Roggen- in Gold- oder Reichsmark-Schulden, durch Verkäufe von Parzellen oder andere geeignete Maßnahmen versuchen. Sie sollen ferner durch die Prüfung der Lage des in eine Notlage geratenen Roggen Schuldners durch die staatliche Aufsichtsinanz und durch die berufenen Vertreter der Landwirtschaft die Gewähr bieten, daß gegenüber den Roggenschuldnern mit aller durch ihre Notlage bedingten Rücksicht verfahren wird.

### Ein Schlagring ist eine Waffe

Am Neujahrstag war ein Mann dabei betroffen worden, wie er einen Schlagring bei sich führte. Er war zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen worden, weil er sich gegen eine Verordnung des Regierungspräsidenten in Magdeburg vom 14. Mai 1925 vergeblich hat, die das Tragen von Schuß-, Hieb- und Stoßwaffen verbietet. Das Amtsgericht trat der Auffassung des Angeklagten bei, daß es sich um eine Stoßwaffe handele, und erklärte auf Freisprechung, indem hervorgehoben wurde, unter den Begriff der Hieb- und Stoßwaffen fallen nur solche Waffen, welche eine Verlängerung des Armes bedeuten, z. B. Säbel und Lanze. Ein Schlagring solle aber lediglich die Schlagkraft der Faust erhöhen. Der Angeklagte sei aber auch aus subjektiven Gründen freizusprechen.

Dieses Urteil greift die Staatsanwaltschaft mit der Revision beim Kammergericht in Berlin an, das auch die Vorentscheidung aufhob und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Amtsgericht zurückverwies, indem u. a. auszuführen wurde, der Richter nehme zutreffend an, daß im Sprachgebrauch ein erheblicher Unterschied zwischen Schlag- und Hieb- und Stoßwaffen bestehe; herrsche in Odersleben ein abweichender Sprachgebrauch, so sei dies unerheblich. Habe der Mann den Schlagring nicht als Hieb- oder Stoßwaffe, dem Sprachgebrauch in Odersleben folgend, angesehen, so würde es sich um einen Irrtum über das Strafgesetz handeln. Der Richter werde den subjektiven Tatbestand aber auch nach anderer Richtung hin zu prüfen haben. (1. S. 628. 27.)

### Kreis Wolmirstedt

### Barleben

Zu dem schweren Zusammenstoß eines mit Mauersteinen beladenen Wagens mit einem Kraftwagen, bei dem der Kutscher August Lange, wohnhaft Breiter Weg, tödlich verunglückte, sei noch folgendes mitgeteilt: Das Unglück ereignete sich beim Kilometerstein 6,9. Die drei mit Mauersteinen beladenen Wagen der Firma Lange und Schlein benutzten die östliche Seite der Chaussee nach Magdeburg. Lange führte das mittlere Gespann. Zwischen seinem und dem dritten Gespann, geführt vom Kutscher Heinrich, war ein Zwischenraum von 10 Meter. Ein von hinten nachher Kraftwagen aus Emden, Nr. 2. 1942, gab Suptensignale. Um nach hinten einen besseren Überblick zu haben, ließ Lange in die Schopfstraße. In diesem Augenblick schon bemühte der Kraftwagen den Zwischenraum der beiden letzten Fuhrwerke, um die rechte Seite der Chaussee zu gewinnen. Hierbei kam infolge des Regens und der schlüpfrigen Straße der Wagen ins Ausweichen und führte somit den Zusammenstoß herbei, durch den Lange vom Wagen geschleudert wurde. Lange wurden vom Auto Arm und Bein überfahren. Der Führer des Autos brachte den Verunglückten sofort zum nächsten Arzt, der aber nur den inzwischen eingetretenen Tod durch Gehirnbruch feststellen konnte. Lange befindet sich im 48. Lebensjahr und hinterläßt eine Witwe und zwei schulpflichtige Kinder. Der Unglücksfall ist um 10 bezuschlichter, weil das Ehepaar in der nächsten Woche seine silberne Hochzeit feiern wollte. Bei dem überaus starken Wagenverkehr, der auf dieser Chaussee herrscht, sei nochmals auf die Polizeiverordnung vom 5. März hingewiesen, nach der Fuhrwerke und Wagen jeglicher Art die rechte Straßenseite zu benutzen haben.

### Wolmirstedt

Revolutionsfeier. Der Ausschuss der Partei hat die Vorbereitungen zur Revolutionsfeier beendet. Am kommenden Montag wird das Kartell der hiesigen Arbeitervereine abschließend dazu Stellung nehmen. Die Vorsitzenden aller hiesigen Arbeitervereine werden zu dieser Sitzung um 20 Uhr in „Stadt Prag“ eingeladen. Es ist Pflicht, daß jeder dem Kartell angehörende Verein mindestens einen Vertreter entsendet.

Arbeiterwohlfahrt. Am Mittwoch den 28. Oktober findet eine öffentliche Frauenversammlung um 20 Uhr in „Stadt Prag“ statt. Referent ist die Genossin Viktorj aus Magdeburg. Für diese Versammlung muß bereits jetzt rege Mitarbeit geleistet werden.

### Die Lotte

Von Hans Hyan.

Als Lotte Benzke ebenfalls vom Kriminalgericht nach Gasse kam, da fand sie auf ihrem Tische neben der Lampe eine Aufgipfelpartei vom Holsteiner Land, auf der um in die weisse Erde einige Klacke hingeschrieben waren. Sie schaute die Lampe höher und las:

„Du, nimm Dir in acht vor die Linden ... Wenn Du morgen wieder Mitleben beschaffst, denn machen sie Dir tut! Eine Freundschaft.“

„Schöne Freundschaft!“ sagte Lotte zu sich selber, „bei is Späherhandel werden um kein andere!“

Und dann zog sie mit einer sehr peinlichen Empfindung das Reliquet aus und hängte es in den Schrank. Das hatte er ihr damals geklaut, wie sie das junge Ding zerbrechen hat, in der Bremerplaner Straße ... Denn Mitleben war ja eigentlich gar kein Ende um sich zu tun, daß er in seiner jungen Jahre war, der sich durch seine Arbeit selber ernährte ... Und sie war noch immer sehr stolz auf ihn, an einmal hatte sie ja sogar per ihm gesehen, weil man bei ihr in paar Stücker leichter gefunden hätte ... aber um ... um ... Mitleben war eben nicht mehr ihr Mitleben! ... Und wenn sie ihr auch geklaut laputt werden darf, der Hand mußte sie! Das war ihr jung egal, er mußte sie! Das Mädchen mochte die Dir auf und tief: „From Schätze!“

„Ja!“ kam es von hinten durch den Vorhang aus der Küche her.

„Ja, kommen Sie doch mal rüber, From Schätze!“

„Ja, komme doch!“

„Ganz Warten, lieber Freund die Wirtin im Zimmer der Freundschaft.“

„Was ist denn, Fräulein?“

„Da sagst du mir, ich bin mal begeben!“ Sie hatte das Kartenmännchen aus dem Kompartiment und schloß sehr kurz die Augen auf den Tisch.

„Wollt sie sagen, was?“

„Lotte lachte maßlos.“

„Da ja, ich kann den Sieg doch bei mir zu haben!“

„Was ist es denn, Fräulein?“

Erwünscht ist auch, daß außer den Frauen insbesondere diejenigen Männer mit zur Versammlung erscheinen, die den vollen Wert der Frauenarbeit in der Bewegung noch nicht richtig erkannt haben.

### Dreileben

In den Waschküchen gefallen. Der Knabe Heinz W. fiel am Dienstag, als er sich mit seiner Mutter in der Waschküche befand, in einen Kessel. Er verbrühte sich den Unterkörper und mußte dem Krankenhaus in Magdeburg zugeführt werden.

### Sehlen

Parteiversammlung am Freitag den 21. Oktober um 20 Uhr beim Genossen B. Kasmann. Besprechung der Feier des 9. November.

### Kreis Neuhausleben

### Neuhausleben

Parteiversammlung am Freitag den 21. Oktober, 20 Uhr, bei Herzog. Allen voran müssen die Funktionäre, unsere Kreis tagsabgeordneten, Stadterordneten und Magistratsmitglieder erscheinen. Genosse W. K. (Magdeburg) wird kommen.

Arbeiter-Radfahrerverein Frischauf. In der letzten Generalversammlung konnte erfreulicherweise festgestellt werden, daß sich die Mitgliederzahl der Ortsgruppe während des Geschäftsjahrs von 31 auf 62 erhöht hat. Die Berichte des Kassierers, des Straßen- und Saalfahrwartes zeigten, daß in der letzten Zeit eine regere Tätigkeit im Verein eingetretet hat. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes: 1. Vorsitzender Pohl, Kassierer Klaus, Schriftführer Braumann, Straßensfahrwart K. Reich, Saalfahrwart Otto Krauß. Einladungen der Brudervereine Magdeburg-Alstadt und Magdeburg-Budan wurden zur Kenntnis genommen.

### Althaldensleben

Zentralverband der Arbeitlosen. Die Mitgliederversammlung war sehr gut besucht. Der Vorsitzende M. U. gab einige Aufnahmen bekannt, danach folgte der Tätigkeitsbericht der Ortsgruppe. Trotz des kurzen Bestehens der Ortsgruppe ist schon eine sehr erfolgreiche Arbeit geleistet worden. Es wurden verschiedene Beispiele aus der örtlichen Fürsorge und auch die Tätigkeit des Beschwerdeausschusses besprochen. Dabei führte der Vorsitzende aus, daß im Ausmaß mit dem Landrat Genossen Dr. Lucas bei seinem großen sozialen Verständnis ein sehr gutes Zusammenarbeiten ist. Dann kritisierte man die Hindenburgsünde und wandte sich dagegen, daß der Kreisarzt Dr. Schade trotz seiner Pensionierung noch weiter Untersuchungen vornimmt. Die Rentennempänger glaubten, ihn endlich los geworden zu sein und wenden sich entschieden dagegen, daß sie von ihm begutachtet werden. Sie werden im ganzen Kreise dazu Stellung nehmen und gegebenenfalls jede Untersuchung durch Dr. Schade verweigern. Ein Antrag an die Gemeindevertretung, den Invalidenrentnern 3 bis 5 Zentner Kohlen als Winterhilfe zu geben, fand keine Annahme.

### Sundsburg

Die Parteiversammlung war leider nur mäßig besucht. Vor allem hätten die Frauen zahlreicher erscheinen müssen. Die Genossen M. A. und U. schloß die Versammlung ab. Die Versammlung übertrug ihnen die Vorbereitung und Ausgestaltung. Es wurde der Wunsch geäußert, an diesem Abend auch ein Theaterstück aufzuführen. Der Wunsch wird berücksichtigt werden. Das Reichsbanner konnte zwei Neuzugänge machen. Die Partei nahm eine Frau neu auf. Der Vorsitzende des Reichsbanners G. Gabriel machte zur unermüdlichen Aktivität, besonders im Hinblick auf die 1928 kommenden Wahlen. Das Winterprogramm des Unterbezirksverbandes der Partei entwickelte Genosse N. D. Es wird ermöglicht werden, zu allen Konferenzen, Vorträgen usw. Ges.

### Kreis Wanzleben

### Wollmersdorf

Gemeinsame Versammlung. Die Sozialdemokratische Partei und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hielten am Montag den 17. Oktober, im Lokal von Wiese eine Versammlung ab. Sie hätte besonders von den Frauen besser besucht werden können. Aber die meisten Landarbeiterfrauen müssen ja jetzt noch bis spät abends bei der Zuckerrübenarbeit schwer arbeiten. Für den bevorstehenden Reichsbannerkongress August Graumann wurde Richard Ferber gewählt. Beschlossen wurde, am 3. Dezember einen Republikanischen Abend zu veranstalten. Träger dieser Veranstaltung werden das Reichsbanner, die Partei und der Landarbeiterverband sein. Die Vorsitzenden der drei Organisationen waren anwesend, und die Versammlung übertrug ihnen die Vorbereitung und Ausgestaltung. Es wurde der Wunsch geäußert, an diesem Abend auch ein Theaterstück aufzuführen. Der Wunsch wird berücksichtigt werden. Das Reichsbanner konnte zwei Neuzugänge machen. Die Partei nahm eine Frau neu auf. Der Vorsitzende des Reichsbanners G. Gabriel machte zur unermüdlichen Aktivität, besonders im Hinblick auf die 1928 kommenden Wahlen. Das Winterprogramm des Unterbezirksverbandes der Partei entwickelte Genosse N. D. Es wird ermöglicht werden, zu allen Konferenzen, Vorträgen usw. Ges.

nossen zu delegieren. Zur Teilnahme an der Bezirkskonferenz der Bildungsausschüsse am 6. November in Magdeburg wurde der Vorsitzende Genosse Emil Schulz bestimmt; außerdem nehmen als Gastdelegierte Genosse Hoffing jun. und Frau teil. Am Montag, 2. November, wies auf die am 18. November in Stuttgart stattfindende Kommunal Konferenz hin; zu dieser Konferenz werden außer dem Genossen Hoffing jun. eine Anzahl kommunalpolitisch interessierter Genossen aus unserm Ort kommen. Nachdem noch über örtliche Gemeindeangelegenheiten debattiert und ganz kurz auf den etwa Mitte Januar in Langensalza stattfindenden Kulturtag hingewiesen worden war, schloß die Versammlung mit dem Liebe: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“

### Stadtkreis Burg

Rossmarkt für die Gewerkschafter. Das Stadttheater veranstaltete am Dienstag den 25. Oktober, 20 Uhr, im „Konzerthaus“ einen Alt-Berliner Rossmarkt. Zur Aufführung gelangten: „Guten Morgen, Herr Fischer!“ von Angel und „Das Fest der Handwerker“ von Friedrich. Die Gewerkschaftsmitglieder erhalten Vorkaufspreise: 150 125 Mark (statt 1 080 Mark), 1 30 0,80 Mark. Alle Plätze sind nummert. Eintrittskarten bei den Betriebsratsvorsitzenden und in der Arbeitersekretariat. Vorkauf bis Dienstag 18 Uhr.

Die Notgemeinschaft hatte durch Schulrat Sommer zu einer Vorbesprechung der Weihnachtsbesprechung in der Pestalozzischule eingeladen. Die meisten an der Notgemeinschaft beteiligten Organisationen waren vertreten. Im allgemeinen wird wie im Vorjahr verfahren werden. Zur Stärkung der Mittel soll Anfang Dezember ein Konzert stattfinden. Die Sammeltätigkeit beginnt am 20. November. Es wird an die Gebefreudigkeit der Einwohner appelliert.

### Kreis Calbe

### Alter

Arbeiterwohlfahrt. In der Zusammenkunft im „Golfhaus“ sprach Landrat Genosse Voss (Calbe) über moderne Wohlfahrtsfragen. Was wäre aus den durch die schiefen wirtschaftlichen Verhältnisse ins Elend geratenen Leuten geworden, hätte sich ihre nicht die kommunale Fürsorge angenommen und gemeinsam mit der Arbeiterwohlfahrt versucht, den in Not geratenen Personen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Das doch erst unsere Arbeiterwohlfahrt vor einigen Tagen etwa 100 alten Leuten Speise und Trank gewährt. Leider sind die Mittel der Arbeiterwohlfahrt sehr beschränkt, darum sollte es jede Genossin und jeder Genosse für seine Pflicht halten, mitzuhelfen soweit es in seinen Kräften steht. Das ist Solidarität. Gewiß wird die Tätigkeit in der Wohlfahrtspflege von manchem verkannt. Möglicherweise es aber immer geben. Wenn auch die Arbeit unanständig ist, darf man doch nicht den Mut sinken lassen, denn die Arbeit für nothleidende Menschen schafft Freude. Genosse Voss behandelte auch die Jugendfürsorge. Hier zeigt es sich ebenfalls, daß dringend Hilfe notwendig ist. Die Kriegsjahre sind nicht ohne böse Folgen für unsere Kinder geblieben. Viele leiden noch heute an Unterernährung und Tuberkulose. Hilfe kann auch hier nur geschaffen werden, wenn sich alle Hilfsbereit in den Dienst der Wohlfahrt stellen und tatkräftig mitwirken zum Wohle der Bedrängten und Nothleidenden. Darum hinein in die Arbeiterwohlfahrt, werde aktive Mitglieder!

### Biere

Die Bezirkskonferenz der Bildungsausschüsse findet nicht, wie irrtümlich im Parteiverwaltungsbericht mitgeteilt, am 30. Oktober, sondern erst am 6. November in Magdeburg statt.

### Stadtkreis Mithersleben

Vom Wohnungselend. Nach dem Bericht des Wohnungsamts stehen am 30. September 942 Wohnungsuchende in der Wohnungsliste. Rund die Hälfte dieser wohnungsuchenden Familien nämlich 434, besitzen überhaupt keine Wohnung; sie wohnen bei Eltern oder Verwandten; in 72 Fällen ist der Ehepartner unter 25 Jahre alt. Dann sind noch vorhanden 38 ledige Wohnungsuchende unter 25 Jahren und 172 ledige über 25 Jahre. Es können sich nicht bereitstellen, weil sie noch keine Wohnung besitzen. Dann sind 256 Wohnungsuchende vorhanden, die „unzureichend wohnen“ und aus diesem Grunde eine andere Wohnung verlangen. Die Gründe sind verschiedene: entweder ist die Wohnung im Hinblick auf die Zahl der Familienangehörigen (große Kinderzahl) zu klein, oder die Wohnung ist ungeeignet oder unfähig. Tatsächlich ist eine große Anzahl von Wohnungen vorhanden, die geschlossen werden müßten, wenn die große Wohnungsnot nicht vorhanden wäre; bei dem Mangel von Wohnungen wollen die Gesundheits- und Wohlfahrtsbehörden nicht so gehen, wie sie eigentlich sollten. Der Rest der Wohnungsuchenden

Denken Sie doch mal, bei was in Juni, um jetzt hat man nach Reichsboten!“

„Ja ja!“ Lotte lachte kurz auf, „id weeg doch aber, wenn man! Keine Schwester ihr Geburtstag is doch an'n Dreizehnten! Und da kann id mir doch janzig irren! Und id hatte vor, id wollte mit Emil zu janzum nach de Leipziger Straße jehn und wollten mal koojen, n' Jescheit. Und id hatte mir noch wasproehen, dat a kommen wollte, aber wer nicht kam, dat war mein Mitleben! ... Kati, wenn man 'n Frau um 'n kleener Kind abschlechten muß hawelle, denn kann man keine Geburtstagsgeschenke nich indoojen!“

„Ja!“ Die Wirtin, eine jährliche Schlampe von unbekannten Alter, fragte sich im jehon ergauchenden Schläfenhaar, „dat is ja na jehre jstimm! Wenn er's war, denn natierlich, denn müßen Sie's doch anjagen! Denn davor stehen Sie ja unter jhren Eid! ... Aber, wissen Sie, Fräulein Lotte, in Ihre Hand mecht id jehst nich herten! ... Die Karola, die frischer jier nebenan jehohnt hat, bei die Katiheren, die wa jehst wieder drücken. Und da wa id jupfellig och jrabe da ... Na, wissen Sie, wat die jagt? Die jagt, jhr wa'n je den Strich vamaßeln, dat Se nich 'n Köcher wieder badienen jellen!“

Das Mädchen lachte wieder freizügend und anhaltend. „Haha! ... Dei schwarze Schwein, die Karola! Natierlich, jona alle Schlaßengel, an den keener mehr anjeht! ... Dei mecht ich na hier breet wachen, uff meine Seite! ... Na, id kann Ihnen jagen, Frau Schätze, wenn id die betreffen duße, dat je an meine Güte kommt, denn mach id je jhren Ohnjong jolle! Katiheren Se mal uff! ... Ja, wa jeh!“ kam je denn jagen! Die alle Schwamdderplamme die! ... Die kann mir wat! Dei alle Kati!“

Der Wirtin wurde es ungemütlich. „Id muß jehst junter!“ Als sie drängen war, jehsch Lotte Benzke ihre Stubentür ab. Dann nahm sie einen Kapsen aus ihrer Schmatze, der war auch noch mal zerjehoben. Und mit einem Schöpfelchen, das je zwischen den gemachten Stammen verjehen hatte, jehsch sie den Kapsen auf. Darin lagen ein paar Schweinchen, eine Verfälscherungspalme und in die jehsch ein Tröp. Den las Lotte vielleicht zum hundertsten Male.

„Heber Emil!“ jehsch die jehschliche, ein wenig charakteristische Katiheren. „Id bin nich ungemütlich, dat Du froh Deiner Verfälscherungen nicht jehschimmst. Das is jehschimmst. Id will Du gar nicht jwingen, Dein Verfälscheren zu halten, dat Du mich jehschimmst. Du jollst doch ein jehschetter Mensch werden! Und hage mich id los von die andere! ... Die kann Dir nicht glückselig machen! ... Id habe dich so lieb und will alles tun, aber Du magst jehr von die andere Verjehen!“ Es war doch so jehsch, wenn man jehsch betreffen jehschett noch eine andere Gaudi und Du würdich wieder Deine Verfälscherungen jehschimmst und Dir nich mehr an fremde Leute ihr Eigentum beneiden. Du bist gut, das weiß ich, aber

schwach. Vielleicht kann Dich meine Liebe dazu behilflich sein. Aber von die andere mußst Du lassen. Wenn Du morgen kommen brat ich Dir Apfelsäckchen, die Du so gern isst. In treuer Liebe Deine Anna.“

Die Prostituierte war ganz erblaßt. Ihre Zähne knirschten und in janzloher Wut trommelten ihre Fäuste auf dem vor ihr liegenden Brief herum. ... Wenn sie die jehschetter hätte! ... Das Eau, die ...! Das Mitleben! ... Ihr jhren Bräutigam weggereißten! ... Aber wenn sie auch das Weibstüd nicht jehschimmst, dann jollte er wenigstens 'ran!

Sie lachte frampfhaft ... als wenn sie nicht genau wüßte, daß sie sich an jenem 13. Juni nicht für Vormittag, sondern für den Nachmittag mit ihm verabredet, weil sie zu machfen und jenen Klubabend gehabt hatte und deshalb ausschlafen wollte an nächsten Tag. ... Er konnte den Mord gar nicht begangen haben, denn er war gleich nachmittags zu ihr hingekommen, frisch und heiter, und hatte ihr erzählt, daß er seinen kleinen Stückerpapa abgerichtet hätte ... Sie, die ihn besser kannte als sich selber, hätte es sofort gemerkt, wenn er jehsch gemacht hätte! ... Das jehsch er auch alles vor Gericht, aber wer glaubte denn einem Zwifaltner!

Und sie? Wie der Staatsanwalt jehsch sein ... sein ... na, wie er die lange Rede gehalten hatte, da hatte er darauf hingewiesen, daß man hier einmal in einer Prostituierten ausnahmsweise eine ganz klafische Zeugin hätte!

Er jehsch: „Sehen Sie sich doch dieses Mädchen an, meine Herren Geschwornen! Es liebt doch jehsch Genden, der seine Hände mit dem Blut eines zarten Kindes und der armen Mutter besteckt hat! Es hat ihn geliebt und liebt ihn immer noch! Und trotzdem ist er, die doch auch zu den Verworfenen gehört, ihr läßt das Weib wissen keine Ruhe! Nachdem er jehsch wochenlang verhaftet ist, nachdem seine Geliebte ihn zuerst in jeder Weise zu entlasten jehsch hat, da kommt je eines Tages her zu mir und jehsch Herr Staatsanwalt, mein Gewissen läßt mir keine Ruhe, der Eid, den ich leisten joll, kann ich nicht leisten, so lieb ist meine Bräutigam auch habe; ich glaube doch, daß er's gewissen ist!“ Sehen Sie, meine Herren Geschwornen, das jehsch dieses Mädchen der einzige Mensch, der den Angeklagten geliebt hat und noch liebt!

... Haha! ... Dieser Schöpfel! ... Hat sich was jehsch! ... Der jollte man wissen, dat je an dem Tage, id jehsch hant auf's Gericht, ganz zufällig den Brief von dem Frauenzimmer gefunden hat, in dem Kapsen, wo ihn Mitleben heimlich verjehen haben mußte, weil sie da jont nie 'ranging ... Na, fürlich jehsch je nichts davon und tat so, als ob sie dem Kerl noch immer wer weiß, wie gut wäre!

von 22 sind solche, denen auf Grund eines Beschlusses des Miet-schöffengerichts ihre Wohnung gekündigt ist. In 28 dieser Fälle wurde den Hausbesitzern deshalb die in Frage kommende Wohnung selbst ausgesprochen, weil sie diese aus räumlichen Gründen selbst benötigen. Das Wohnungsamt ist angewiesen, die Mieter, die aus diesem Grunde zu Wohnungsuchenden werden, bevorzugt zu behandeln. Mit Zustimmung des Mietschöffengerichts ist ferner 24 Mietern gekündigt worden, weil sie sich ungebührlich und un-sachgemäß benommen und weil sie keine Miete bezahlten.

### Aus der Altstadt

Gefährdung des Nordberdächtigen. Der 20jährige Arbeiter Kichlin aus Leopoldshall, der auf dem Rittergut Hohenmühl von zwei Hamburger Kriminalbeamten festgenommen wurde, hat jetzt die ihm vorgeworfene Ermordung des Arbeiters Woslow in Hamburg eingestanden.

Verbesserung in der Postzustellung. Nachdem nunmehr der Frühzug die Post von hier mitnimmt, ist es möglich, daß Briefe und Postkarten usw., die des Nachts in den Kasten geworfen werden, schon morgens 7 1/2 Uhr in Stendal sein können oder in den Anschließungen.

Pferde und Treder. Am Montag nachmittag waren durch das ungewohnte Geräusch eines Treder's Pferde wild geworden und ritten mit dem Wagen davon. Schließlich kamen sie auf den Bürgersteig und mit der Deichsel in die Schaufenster-scheibe der Firma Martitz. Die Scheibe ist vollständig zertrümmert. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Ferkelmarkt. Zum Verkauf standen 620 Ferkel und 10 Bölle. Es kosteten 4 bis 6 Wochen alte Ferkel 6 bis 8 Mark, 6 bis 8 Wochen alte 7 bis 9 Mark, 8 bis 10 Wochen alte 8 bis 10 Mark, 10 bis 13 Wochen alte 10 bis 12 Mark; Bölle wurden mit 15 bis 30 Mark gehandelt. Es verblieb Ueberstand.

Ferkelmarkt. Angetrieben waren 478 Ferkel. Es kosteten bis zu 6 Wochen alte Ferkel 6 Mark, 6 bis 8 Wochen alte 7 bis 8 Mark, 8 bis 13 Wochen alte bis 14 Mark. Nicht alle Tiere wechselten ihre Besitzer.

Debitfeld-Kollendorf. Der Selbstmord auf den Schienen. Die Persönlichkeit des am 17. Oktober auf dem Bahngleis aufgefundenen Toten ist festgestellt. Es ist der am 12. Juli 1906 geborne Arbeiter Gustav Müller, Sohn des Hülfschaffners a. D. Hermann Müller hier.

Beamtenversammlung. Einige Beamte und Angestellte des hiesigen Kanalbauamts hatten sämtliche Beamten und Angestellten zum 18. Oktober zu einer Versammlung aufgefordert. Dem Ruf waren etwa 40 Personen gefolgt. Der Einberufer, Kapp, gab bekannt, daß hier ein Ortsartikel vorhanden sei. Die Versammlung war einmütig damit einverstanden, daß ins Ortsartikel zwei Vertreter vom Kanalbauamt und auch Angehörige des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes gewählt werden. Der anwesende Minderheitsrat unferns Ortes verspricht, für die Höherstellung Minderheitsrat zur Ortsklasse B sein möglichstes zu tun. Dies war auch der Hauptgrund zur Einberufung der Versammlung. In der Aussprache beteiligten sich verschiedene Anwesende.

Zum Ferkelmarkt waren 510 Ferkel und 18 Bölle angetrieben. Es kosteten Ferkel bis 6 Wochen alt 7 bis 9 Mark, 6 bis 8 Wochen alt 9 bis 11 Mark, 8 bis 10 Wochen alt 11 bis 13 Mark, 10 bis 13 Wochen alt 13 bis 15 Mark; Bölle wurden mit 15 bis 35 Mark gehandelt. Es verblieb Ueberstand.

Eine lebensgefährliche Schlägerei, die kürzlich hier stattfand, wird noch die Gerichte beschäftigen. Zwei Arbeitskollegen gerieten in einen Streit, in dessen Verlauf der eine dem andern mit einem harten Gegenstand vor den Kopf schlug. Der Getroffene brach ohnmächtig zusammen und benötigte ärztliche Hilfe.

### Stadtkreis Stendal

Das Stiefkind mißhandelt — 30 Mark Geldstrafe. Ein dreijähriger Junge ist von der Stieftutter, der Ehefrau Maria II. in Osterholz, nicht nur lieblos behandelt, sondern auch noch in unmenslicher Weise so ge-schlagen worden, daß er in der Entwicklung zurückblieb und sein schwacher Körper die vielen Blutstriecken, Beulen und schwarzen Flecke aufweist. Das Stendaler Schöffengericht hat die Frau wegen Ver-lüßes gegen den § 223 Absatz 2 des Strafgesetzbuches zu —

der noch da war, und ging schlafen. . . . Über der Schlaf wollte nicht kommen. Sie war nicht daran gewöhnt, so früh ins Bett zu gehen, und ihre Gedanken marterten sie. Schließlich schlief sie doch ein und sah im Traume, wie ein großer Mensch in Frae und weißen Glacéhandschuhen Mitleiden den Kopf abschlug.

Am nächsten Tage war sie schon früh auf dem Gericht, in in fieberhafter Spannung und mit dem Gefühl, als stürze sie fortwährend mit dem Kopfe zuerst auf den Boden.

Der Verteidiger ihres Bräutigams sprach viel und schön. Er beschränkte sich schließlich darauf, den Angeklagten, der sicher-lich nur im Affekt gehandelt habe, wenn er überhaupt schuldig sei, der Milde des Gerichts zu empfehlen.

Dann folgte die Rechtsbelehrung, die Geschwornen zogen sich zurück. Während der Stunde, die sie im Beratungszimmer blieben, glaubte Lotte Benzke, von einem Schwindelanfall in den andern taumelnd, fortwährend ohnmächtig werden zu müssen. Über ihr Wille, die größte Angst um das Leben des Mannes, den ihr Herz haßte und liebte, die hielt sie aufrecht!

Die Geschwornen kamen zurück, der Obmann las die Schuld-fragen vor und bejahte die Frage, die auf vorsätzlichen Mord lautete.

Ein schwerer Ceuzfer aus der Brust der Prostituierten zog alle Blicke auf sie. Der Zuhörer sah auf seiner Bank mit krummem Rücken, die Hände im Schoße, stier vor sich hinblickend. Er hatte zuviel und zu lange gegen diese Uebermacht die sein Leben verlangte, gekämpft. Er war befeigt.

Der Gerichtshof war im Begriff, sich zurückzuziehen. Da springt im Zeugenaum ein Mädchen auf, heulend: „Aee, Herr Gerichtshof, nee! Er war's ja nicht! Er war bei mich, den jungen Lach! . . . Immerzu! Ja hat's bloß gejacht, weil id falsch uff'n war . . . weil id . . .“ Die Tränen über-fluteten die Stimme.

Die Richter bleiben stehen. Der Vorsitzende spricht leise mit dem Staatsanwalt: „Das läme eventuell für die Revision in Frage . . . möglicherweise auch'n Wiedernahmeverfahren . . . aber jetzt . . .“

dreißig Mark Geldstrafe und zu den Kosten verurteilt. Damit ist das behauerntwerte Kind beurteilt worden, das im Hause bleibt und nun wohl die „Mache“ der Stieftmutter wird fühlen müssen. —

Petroleum in Grubelohs. In einer Wohnung der Alte-dorfstraße wurden die Witwe G. und deren 13jährige Tochter bewußlos aufgefunden. Die Frau hatte, damit die Grube besser brenne, Petroleum auf den Kopf gegossen. Es haben sich dadurch Gase entwickelt, die die Schlafenden betäubten. Man schaffte die Bewußtlosen in das Johanniter-Krankenhaus. Lebensgefahr besteht nicht. —

Patronen. In der Elisabethstraße wurde bei einem Woh-nungswechsel ein Gurt Patronen aufgefunden. Die Polizei forscht nach der Herkunft. —

Schwer verletzt in das Johanniter-Krankenhaus eingeliefert wurde der 13jährige Wilhelm E. aus Krusemar. Er war in einem landwirtschaftlichen Betriebe tätig und mußte mit einem leeren Wagen wegfahren. Während der Fahrt wollte er sich in die Schotterle setzen. Diese war nicht in Ordnung, so daß er mit der Schotterle vom Wagen stürzte und so unglücklich zu liegen kam, daß das eine Vorderrad über den schwachen Körper hinwegging. Der bald anwesende Arzt stellte eine Brustquetschung fest.

Sakenkreuzer waren die Durschen, die am Sonntag auf Mähren durch Stendal fuhren und auf dem Marktplatz wie ir-rinnig „Mache!“ schrien, bis sie ein Polizeibeamter wegstieß. Wahrscheinlich wollte man zeigen, zu welcher Lächerlichkeit die nationalchristlichen Verbände die Jugend erziehen, und das ist auch gelungen. —

### Bücher vermitteln die Wege zum Wissen

Die billigen bildenden Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung Volksstimme

Zu Geschwornen ausgelost sind für die am Montag den 21. November beginnende vierte Schwurgerichtsperiode am Land-gericht Stendal: Landwirt Albert Schütte aus Lenglingen, Gast-wirt Wilhelm Döbeln aus Tangermünde, Landwirt Otto Müller aus Gräbenitz, Kaufmann Fridt Aldes aus Gardelegen, Lan-dwirt Wilhelm Nulf aus Müllern, Landwirt Gustav Krüfter aus Gäfewitz. —

In die Scheibe. In der Hallstraße geriet beim Umwenden eines Gepans das Pferd in die Schaufensterscheibe der Firma Schacht. Die Scheibe wurde vollständig zertrümmert. —

Spezialistische Arbeiterjugend. Monatsversammlung am Don-nerstag, 20. Oktober, 20 Uhr, im Heim. Nachher Sprechvorrede.

Am Kanthe des Michaels haben Angehörige des Arbeiterre-giments auf einem Rohlfeld arg gehaust. Das Rohlfeld gehört dem Gärtnerbesitzer M. von Stendal und liegt am Wege zwischen der Petersburg und der Gardeleger Straße. Nicht ein Kopf ist bei den Vermüftungen heil geblieben. Die Köpfe sind mit den Säbeln vom Stiele abgeklagen worden. Solche Helmentoten fördern nicht das Ansehen der Reichswehr. —

Die Deffenlichkeit war ausgeschlossen, als wieder einmal gegen „Sittlichkeitsverbrecher“ verhandelt wurde. Der Arbeiter K. N. aus Tangerhütte hatte gege, eine Verurteilung zu neun Monaten Gefängnis wegen „unwürdiger Handlungen“ Verur-fung eingelegt. Die Stendaler Strafammer aber wies ihn ab. Der Eisenbahnschaffner außer Dienst K. aus Debitfeld hat mit seiner Pflegehelfer geschlechtlich verkehrt. Er hatte deswegen be-reits 1 1/2 Jahr in Untersuchungshaft gesessen. Nun wurde er zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Nur 3 Monate der Untersuchungshaft gelten als verbüßt, doch erhielt er auf die Dauer von 3 Jahren Strafauferlegung mit Aussicht auf Straf-erlaß. Die Zunahme der „Sittlichkeitsverbrecher“, trotz der strengen Gerichtsprüche zeigt, daß Strafen ebensowenig abschrecken wie sie den Betroffenen „bessern“. —

### Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Jugendleiter-Konferenz des Kreises I. Am Sonntag den 18. Oktober fand im Gasthaus zur Weinstube in Dieberitz die Jugendleiter-Konferenz des Kreises I statt. Leider waren nur 6 Ortsgruppen und 2 Bezirke durch 15 Delegierte vertreten.

Kreisleiter Kummerd R e i m e l t führte aus, daß im Sommer alle wichtige Verhandlungen, Tagesordnungen usw. mitgeteilt worden. Die Be-zirkler im nächsten Jahre sind ersordern. Reichsbanner-Verände des Reichsbanners ist es nun, die künftigen Ortsgruppen intensiv zu bearbeiten. Der Kreisleiter ist gern bereit, überall dort, wo es notwendig ist, öffentliche, auch Geschäftsverträge zu halten.

Kreisjugendleiter K. Lange sprach dann über die Winterarbeit. Mit der Jugendquantifikation hat es innerhalb des Kreises noch viele aus. Die Jugendleiter, die dem Schicksal angehören, sind in drei Gruppen eingeteilt. Die Jugendlichen, die dem Schicksal angehören, sind in drei Gruppen eingeteilt.

Am 23. Oktober 1927 findet in Tangermünde die Einweihung eines Gedenksteins für den verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert statt. Die Tangermünder Kameraden haben diesen Gedenkstein mit eigenen Mitteln und aus eigener Kraft geschaffen.

Ebert-Gedenkstein in Tangermünde. Am 23. Oktober 1927 findet in Tangermünde die Einweihung eines Gedenksteins für den verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert statt. Die Tangermünder Kameraden haben diesen Gedenkstein mit eigenen Mitteln und aus eigener Kraft geschaffen.

Die Ortsvereine des Kreises Stendal sind verpflichtet, sich an der Einweihungsteilnahme zu beteiligen. Am Sonntagabend findet ein Fackel-zug statt. Ortsvereine oder Mitglieder, die sich daran beteiligen wollen, müssen spätestens 7 1/2 Uhr in Lagermünde eingetroffen sein. Am Sonntag müssen die Ortsvereine spätestens um 1 Uhr in Lagermünde zum Fackelzug antreten.

Die Ortsvereine der Kreise Havelburg, Gardelegen, Salzwedel und Soltau sind ebenfalls zahlreich an der Fackel-zug in Lagermünde teilzunehmen.

Aus nach Lagermünde! Die Kreisleitung Stendal, Freunmann, Kreisleiter. Burg. Radfahrer heute Mittwoch 8 Uhr bei Schröder Eilzug. Alle Teilnehmer nach Lagermünde müssen erscheinen.

Kreis. Sonntag den 23. Oktober Mitgliederversammlung. Kreis-leiter Kamerad R e i m e l t hält einen Vortrag.

Am 23. Oktober 1927 findet in Tangermünde die Einweihung eines Gedenksteins für den verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert statt. Die Tangermünder Kameraden haben diesen Gedenkstein mit eigenen Mitteln und aus eigener Kraft geschaffen.

Wasserstände	
+ bedeutet über, - unter Null.	
Ort	Wasserstand
Hamburg	18.10 + 0.08
Frankfurt	18.10 + 0.00
Leipzig	18.10 + 0.08
Breslau	18.10 + 0.08
Regensburg	18.10 + 0.08
München	18.10 + 0.08
Köln	18.10 + 0.08
Düsseldorf	18.10 + 0.08
Worms	18.10 + 0.08
Stuttgart	18.10 + 0.08
Hannover	18.10 + 0.08
Dresden	18.10 + 0.08
Berlin	18.10 + 0.08

Wettervorhersage. Ausblicken für Donnerstag: Im großen und ganzen heiter mit Morgennebeln, im nördlichen Mitteldeutschland vorübergehend auch stärker bewölkt und vereinzelt leichte Schauer, nachts kalt bis zu Frost, am Tage milder. Für spätere Fortschreitende Festigung der Wetterlage anzunehmen.

### Warenmärkte

Magdeburger Viehmarkt. Magdeburg, 18. Oktober. Auf dem hiesigen Schlacht- und Viehhof wurden aufgetrieben: 892 Rinder, und zwar 118 Ochsen, 100 Bullen, 240 Kühe, 93 Färsen, 26 Ziegen, 652 Schafe, 157 Schweine uvm. 4884 Schweine. Seit dem letzten Marke dem Schlachthof direkt angeliefert: 86 Rinder, 37 Ziegen, 180 Schafe, 297 Schweine. Bezahlt für 1 Pfund Lebendgewicht in Pfennigen.

Kategorie	Preise
a) vollfleischige, ausgewaschene höchsten Schlachtwerts	64-68
b) vollfleischige, ausgewaschene im Alter von 4 bis 7 Jahren	49-54
c) junge fleischige, nicht ausgewaschene und ältere ausgewaschene	44-47
d) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	—

Kategorie	Preise
a) vollfleischige, ausgewaschene höchsten Schlachtwerts	68-80
b) vollfleischige, ausgewaschene im Alter von 4 bis 7 Jahren	50-55
c) junge fleischige, nicht ausgewaschene und ältere ausgewaschene	48-48
d) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	—
e) gering genährte Kühe und Färsen	38-40
f) gering genährte Kühe und Färsen	28-30
g) gering genährte Kühe und Färsen	26-32

Kategorie	Preise
a) Doppeltender feinsten Maß	75-85
b) feinsten Maß	65-74
c) mittlere Maß- und beste Saugfäher	60-78
d) geringere Maß- und gute Saugfäher	48-58
e) geringere Saugfäher	—

Kategorie	Preise
a) Pflanzfleisch über 150 kg (3 Schweine) Lebendgewicht	68-78
b) vollfleischige von 120 bis 150 kg (240 bis 300 Pfund) Lebendgewicht	62-70
c) vollfleischige von 100 bis 120 kg (200 bis 240 Pfund) Lebendgewicht	62-68
d) vollfleischige von 80 bis 100 kg (160 bis 200 Pfund) Lebendgewicht	62-68
e) vollfleischige unter 80 kg (160 Pfund) Lebendgewicht	58-68
f) antraine Säuen	54-60
g) gemästete Eber	—

Kategorie	Preise
a) Wollfäher und jüngere Wollfäher	60-68
b) ältere Wollfäher, geringe Wollfäher u. gut genährte junge Schafe	48-58
c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Wollfäher)	20-28

Kategorie	Preise
a) Getreide über 150 kg (3 Schweine) Lebendgewicht	68-78
b) vollfleischige von 120 bis 150 kg (240 bis 300 Pfund) Lebendgewicht	62-70
c) vollfleischige von 100 bis 120 kg (200 bis 240 Pfund) Lebendgewicht	62-68
d) vollfleischige von 80 bis 100 kg (160 bis 200 Pfund) Lebendgewicht	62-68
e) vollfleischige unter 80 kg (160 Pfund) Lebendgewicht	58-68
f) antraine Säuen	54-60
g) gemästete Eber	—

Kategorie	Preise
a) Pflanzfleisch über 150 kg (3 Schweine) Lebendgewicht	68-78
b) vollfleischige von 120 bis 150 kg (240 bis 300 Pfund) Lebendgewicht	62-70
c) vollfleischige von 100 bis 120 kg (200 bis 240 Pfund) Lebendgewicht	62-68
d) vollfleischige von 80 bis 100 kg (160 bis 200 Pfund) Lebendgewicht	62-68
e) vollfleischige unter 80 kg (160 Pfund) Lebendgewicht	58-68
f) antraine Säuen	54-60
g) gemästete Eber	—

Magdeburger Produkten-Börse vom 18. Oktober. Weizen 12.00-12.70, Tendenz ruhig. Roggen 12.20-12.90, Tendenz stetig. Sommergerste 12.20-12.80, Tendenz still. Wintergerste 11.90-11.50, Tend. stetig. Hafer 11.10-11.30, Tendenz still. Weizenmehl 14.00-14.25, Tendenz stetig. Alles für 50 Kilogramm netto ab Magdeburg oder benachbarter Stationen bei Ladungen von 300 Zentner. Weizenmehl 70proz. 36.50-37.50, Tendenz ruhig. Roggenmehl 70proz. 33.75-34.75, Tendenz ruhig. Alles für 100 Kilo einjäh. Sack. Weizenmehl 7.20-7.40, Tendenz ruhig. Roggenmehl 7.10-7.30, Tendenz ruhig. Alles für 50 Kg. ab Verladestation.

Magdeburger Zuckerbörse vom 18. Oktober. Der Preis für Weizenzucker (reiner) Sack und Verbrauchssteuer beträgt für 50 Kilogramm brutto für netto ab Verladestelle Magdeburg und Umgebung der Mengen von mindestens 200 Zentner bei prompter Lieferung innerhalb 10 Tagen 24.25-24.75 per Ende Oktober. — und 2 Halste Oktober-Dezember 24.00, per November-Dezember — für gemahlene Melis. feigter.

Ort	Preis
Amsterdam-Notterdam	100 Gulden 168.81
Buenos Aires	100 Dollar 178.50
Brüssel-Antwerpen	100 Belgien 168.81
Danzig	100 Gulden 168.81
Oslo	100 Kronen 112.89
London	100 Kronen 112.89
Stockholm	100 Kronen 112.89
Helsingfors	100 Kronen 112.89
Finnland	100 Kronen 112.89
London	100 Kronen 112.89
Hamburg	100 Kronen 112.89
Berlin	100 Kronen 112.89
Paris	100 Kronen 112.89
Warschau	100 Kronen 112.89
Sankt Petersburg	100 Kronen 112.89
Hankow	100 Kronen 112.89
Yokohama	100 Kronen 112.89
Manila	100 Kronen 112.89
Cebu	100 Kronen 112.89
Singapore	100 Kronen 112.89
Batavia	100 Kronen 112.89
Sourabaya	100 Kronen 112.89
Medan	100 Kronen 112.89
Samarang	100 Kronen 112.89
Surabaya	100 Kronen 112.89
Yokohama	100 Kronen 112.89
Manila	100 Kronen 112.89
Cebu	100 Kronen 112.89
Singapore	100 Kronen 112.89
Batavia	100 Kronen 112.89
Sourabaya	100 Kronen 112.89
Medan	100 Kronen 112.89
Samarang	100 Kronen 112.89
Surabaya	100 Kronen 112.89
Yokohama	100 Kronen 112.89
Manila	100 Kronen 112.89
Cebu	100 Kronen 112.89
Singapore	100 Kronen 112.89
Batavia	100 Kronen 112.89
Sourabaya	100 Kronen 112.89
Medan	100 Kronen 112.89
Samarang	100 Kronen 112.89
Surabaya	100 Kronen 112.89
Yokohama	100 Kronen 112.89
Manila	100 Kronen 112.89
Cebu	100 Kronen 112.89
Singapore	100 Kronen 112.89
Batavia	100 Kronen 112.89
Sourabaya	100 Kronen 112.89
Medan	100 Kronen 112.89
Samarang	100 Kronen 112.89
Surabaya	100 Kronen 112.89
Yokohama	100 Kronen 112.89
Manila	100 Kronen 112.89
Cebu	100 Kronen 112.89
Singapore	100 Kronen 112.89
Batavia	100 Kronen 112.89
Sourabaya	100 Kronen 112.89
Medan	100 Kronen 112.89
Samarang	100 Kronen 112.89
Surabaya	100 Kronen 112.89
Yokohama	100 Kronen 112.89
Manila	100 Kronen 112.89
Cebu	100 Kronen 112.89
Singapore	100 Kronen 112.89
Batavia	100 Kronen 112.89
Sourabaya	100 Kronen 112.89
Medan	100 Kronen 112.89
Samarang	100 Kronen 112.89
Surabaya	100 Kronen 112.89
Yokohama	100 Kronen 112.89
Manila	100 Kronen 112.89
Cebu	100 Kronen 112.89
Singapore	100 Kronen 112.89
Batavia	100 Kronen 112.89
Sourabaya	100 Kronen 112.89
Medan	100 Kronen 112.89
Samarang	100 Kronen 112.89
Surabaya	100 Kronen 112.89
Yokohama	100 Kronen 112.89
Manila	100 Kronen 112.89
Cebu	100 Kronen 112.89
Singapore	100 Kronen 112.89
Batavia	100 Kronen 112.89
Sourabaya	100 Kronen 112.89
Medan	100 Kronen 112.89
Samarang	100 Kronen 112.89
Surabaya	100 Kronen 112.89
Yokohama	100 Kronen 112.89
Manila	100 Kronen 112.89
Cebu	100 Kronen 112.89
Singapore	100 Kronen 112.89
Batavia	100 Kronen 112.89
Sourabaya	100 Kronen 112.89
Medan	100 Kronen 112.89
Samarang	100 Kronen 112.89
Surabaya	100 Kronen 112.89
Yokohama	100 Kronen 112.89
Manila	100 Kronen 112.89
Cebu	100 Kronen 112.89
Singapore	100 Kronen 112.89
Batavia	100 Kronen 112.89
Sourabaya	100 Kronen 112.89
Medan	100 Kronen 112.89
Samarang	100 Kronen 112.89
Surabaya	100 Kronen 112.89
Yokohama	100 Kronen 112.89
Manila	100 Kronen 112.89
Cebu	100 Kronen 112.89
Singapore	100 Kronen 112.89
Batavia	100 Kronen 112.89
Sourabaya	100 Kronen 112.89
Medan	100 Kronen 112.89
Samarang	100 Kronen 112.89
Surabaya	100 Kronen 112.89
Yokohama	100 Kronen 112.89
Manila	100 Kronen 112.89
Cebu	100 Kronen 112.89
Singapore	100 Kronen 112.89
Batavia	100 Kronen 112.89
Sourabaya	100 Kronen 112.89
Medan	100 Kronen 112.89
Samarang	100 Kronen 112.89
Surabaya	100 Kronen 112.89
Yokohama	100 Kronen 112.89
Manila	100 Kronen 112.89
Cebu	100 Kronen 112.89
Singapore	100 Kronen 112.89
Batavia	100 Kronen 112.89
Sourabaya	100 Kronen 112.89
Medan	100 Kronen 112.89
Samarang	100 Kronen 112.89
Surabaya	100 Kronen 112.89
Yokohama	100 Kronen 112.89
Manila	100 Kronen 112.89
Cebu	100 Kronen 112.89
Singapore	100 Kronen 112.89
Batavia	100 Kronen 112.89
Sourabaya	100 Kronen 112.89
Medan	100 Kronen 112.89
Samarang	100 Kronen 112.89
Surabaya	100 Kronen 112.89
Yokohama	100 Kronen 112.89
Manila	100 Kronen 112.89
Cebu	100 Kronen 112.89
Singapore	100 Kronen 112.89
Batavia	100 Kronen 112.89
Sourabaya	100 Kronen 112.89
Medan	100 Kronen 112.89
Samarang	100 Kronen 112.89
Surabaya	100 Kronen 112.89
Yokohama	100 Kronen 112.89
Manila	100 Kronen 112.89
Cebu	100 Kronen 112.89
Singapore	100 Kronen 112.89
Batavia	100 Kronen 112.89
Sourabaya	100 Kronen 112.89
Medan	100 Kronen 112.89
Samarang	100 Kronen 112.89
Surabaya	100 Kronen 112.89
Yokohama	100 Kronen 112.89
Manila	100 Kronen 112.89
Cebu	100 Kronen 112.89
Singapore	100 Kronen 112.89</

# Aus den Gerichtssälen

## Der Jagdaufseher als Einbrecher

Bis vor einiger Zeit war der frühere Arbeiter Friedrich Lorenz, Mitglied des Stahlhelms, Jagdaufseher in Dömersleben. Wegen eines Streites wurde er entlassen, und seitdem brachte er sich und seine Familie mit der Erwerblosenunterstützung durch. Um seinen schmalen Küchengeld zu verbessern, ging er des öfters zum Angeln und suchte sich dazu die Teiche und Elbarme in der Kreuzhorst aus. Eines Tages wird er von einem Schupobeamten dabei gefaßt. Da er angab, vom Revierförster die Erlaubnis zu haben, war die Geschichte für den Polizisten erledigt. Unmittelbar darauf beobachtete der Polizist, wie L. mit einer Hechtangel Neusen (Fischfanggerät aus Weidengeflecht) aus einem Gewässer herausholte, wogu er sicherlich keine Berechtigung hatte. Da das Diebstahl war, forderte der Polizeibeamte von dem Angeklagten die Personalien, die dieser falsch angab. Da außerdem bei L. auch noch ein Koltschläger gefunden wurde, lautete die Anklage gegen ihn auf Diebstahl, unberechtigtes Fischen, unbefugten Waffenbesitz und Nennung eines falschen Namens.

Die Geschichte wäre nicht schlimm geworden, wenn L. nicht auch noch sechs Einbruchsdiebstähle in Fischerschütten in der Kreuzhorst zur Last gelegt wurden, die L. vor Gericht, vor dem er am Sonnabend stand, bestritt, die ihm aber nachgewiesen werden konnten. Eines Tags wurde dem Revierförster gemeldet, daß aus einer Fischschütte zwei Fährer gestohlen seien, die vor einer Stunde in die Schütte untergestellt waren. Der Förster durchsuchte mit seinem Sohne die Kreuzhorst und stellte dabei den Angeklagten, der auf einem Rade gefahren kam. Auf die Frage des Försters, wo er das Rad her hätte, bekam er von Lorenz zur Antwort, daß er das jochen gefunden hätte. Der Förster ließ sich die angebliche Fundstelle zeigen und entdeckte in deren Nähe auch noch das zweite Rad, das jochen erst aus der Schütte gestohlen war. Lorenz mußte mit zum Amtsvorsteher, wo in seiner Tasche auch noch ein Notizbuch gefunden wurde, das einem anderen Fischschüttenbesitzer gehörte, bei dem auch kurz zuvor eingebrochen worden war. In dem Notizbuch befanden sich außerdem noch Gepäcksaufbewahrungsscheine des Magdeburger Hauptbahnhofes. Als man die Pakete abholte, wurde festgestellt, daß darin alle die Gegenstände enthalten waren, die in diesen Tagen in den sechs Fischschütten der Kreuzhorst durch Einbruch entwendet waren.

Vor Gericht bestritt der Angeklagte trotz des reichlichen Beweismaterials die Täterschaft und verteidigte sich darauf, alle diese Gegenstände gefunden zu haben. Die beiden Räder hatte er in der Kreuzhorst noch im Besitz von zwei andern Männern gesehen, die die Räder wegwarfen und in der Richtung nach Gracau davonhiefen, als der Angeklagte auf sie zugegangen sein will. Im übrigen behauptet er, die Absicht gehabt zu haben, die Sachen den rechtmäßigen Eigentümern zu übergeben. Die Adresse habe in dem bei ihm gefundenen Notizbuch gestanden. Er hoffte, durch seine Ehrlichkeit vielleicht Arbeit zu finden. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er dann erst die Pakete zum Hauptbahnhof schleppte und auf die weitere Frage, wogu er Stahljäge und Meißel bei sich geführt habe, erklärte der Angeklagte, daß er darauf schwören werde. Er könne wohl eine plausible Antwort geben, aber das hätte doch keinen Zweck. Im übrigen wurden außer den beiden Fährern Kleidungsstücke, Angelgerät, Wirtschaftsgegenstände, Bekleidung, Lebensmittel, Schuhe und einige Regenmäntel gestohlen.

Da der Angeklagte schon mehrfach wegen Diebstahls bestraft war, sich außerdem in Rückfall befand, beantragte der Staatsanwalt 1 Jahr 9 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen fortgesetzten schweren und eines einfachen Diebstahls, außerdem wegen unerlaubten Besitzes einer Strohwaße, unbefugten Fisches und Nennung eines falschen Namens zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis und 3 Wochen Haft. Die Verhandlung wurde am Montag zu Ende geführt, da in der Sonnabend-Sitzung noch Beweisanträge gestellt waren, denen stattgegeben wurde.

## Rückfalldiebstahl

Der Arbeiter Wilhelm Bröckler, hoch in den sechziger Jahren, hat sein Leben ausgefüllt mit Diebstählen, die ihn oft für lange Zeit ins Gefängnis brachten. Auch im Alter kann er das Stehlen noch nicht lassen. Eines Tages ging er an der Elbe jachieren und sah in der Nähe der Zitadelle einen Arbeiter zu, der einen Wagen hatte. Als der Mann seine Arbeitsstelle verließ, griff sich L. einen Klattenwagen von etwa 10 Zentner Tragkraft, zog ihn mit Hilfe einiger Jungen den Johannisberg hinauf und verschob ihn einige Tage später an den Mann zu bringen. Er fand auch einen Käufer.

Am nächsten Tage erschien in den Magdeburger Zeitungen ein Inserat, wonach derjenige 10 Mark Belohnung zugesichert werden, der den Täter angibt, der den Klattenwagen gestohlen hat. Der Käufer des Wagens bekam Bedenken, als er das Inserat las, macht den Inserenten auf seinen Kauf aufmerksam und gibt den gestohlenen Wagen heranz. Gegen den Dieb wurde ein Verfahren eingeleitet.

Vor Gericht ist der Angeklagte geständig. Er will aus Not gehandelt haben. Das Gericht billigte dem Angeklagten trotz zahlreicher bereits erlittener Strafen und trotz der Tatsache, daß er sich wiederholt im Rückfall befindet, noch einmal mildernde Umstände zu, erlaubte aber auf ein Jahr Gefängnis. Der Angeklagte will sich wegen Annahme der Strafe erst mit seiner Frau besprechen.

# Verene und Versammlungen

## Die Arbeiterbewegung im Lichte der Kultur.

Von der Reichsstellen Gesundheitswesen im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sind eine Mitgliederversammlung statt in der Kirche Dreher über die Arbeiterbewegung im Lichte der Kultur sprach. Redaction geht zurück auf die Zeit, wo es noch keine Gewerkschaften gab, und schilderte die anfangs traurigen Zustände der Arbeiter in jener Zeit. Aus diesen Umständen wurde der Gewerkschaftsbau geboren. Große

# Landfriedensbruch in Buda

## Insgesamt 26 Monate Gefängnis

Da Staatsanwaltschaft und Verteidigung in der am Dienstag vor dem Erweiterten Schöffengericht stattgefundenen Verhandlung wegen der Budaer Vorfälle, über die wir gestern ausführlich berichteten, auf die größte Zahl der Entlassungszeugen verzichteten, konnte der Vorsitzende schon um 16 1/2 Uhr das Urteil verkünden. Es wurden in der Nachmittagsung lediglich einige Zeugen vernommen, die den angeklagten Arbeiterjamaariter Stod entlasten sollten. Dabei kam es zu einem recht merkwürdigen Zwischenfall. Als Zeugin befand die Genossin Pawloa, daß sie den Eindruck gehabt habe, als sei der Schläger beteiligte Stahlhelmer, angetrunken gewesen. Ohne jeden ersichtlichen Grund springt da der Staatsanwaltschaftsrat Baumgarten auf, erwidert der Zeugin, daß sie sich nichts über den Hals reden solle und verlangt, daß wegen Verdachts der Mittäterschaft die Zeugin unbeeidigt bleibe. Rechtsanwalt Dr. Braun fordert Beidigung, und da der Staatsanwalt nicht zu bewegen war, seinen Antrag zurückzunehmen, lehnte ihn das Gericht einfach ab. Es beidigte die Zeugin, die in durchaus sachlicher Weise ihre Beobachtungen dem Gericht kundgab.

Als der Staatsanwalt merkte, daß die Zeugin unerschrocken bereit war, den Eid zu leisten, erhob er sich abermals und verlangte, die Aussage der Zeugin zu protokollieren, da er sie zu einem möglicherweise einzuleitenden Weineidverfahren gebrauchte. Das Gericht lehnte auch die Protokollierung der Aussage ab. Die Zeugin leistete den Eid. Sie ließ sich absolut nicht einschüchtern. Der betreffende Polizeibeamte befandete dann auch, daß die Ansicht der Zeugin nicht ganz unbegründet sei. Er hätte an dem fraglichen Tage eine Heiberletzung erlitten und sei dadurch wohl nicht fest auf den Füßen gewesen. Die Zeugin Pawloa war durch den Zwischenfall derartig mitgenommen, daß sie später zusammenbrach und ohnmächtig aus dem Verhandlungssaal getragen werden mußte.

Der Angeklagte Schröder wurde vom Staatsanwalt als Häufelführer bezeichnet. Er soll die Menge durch „aufbeherische“ Reden zu immer neuen „Gewalttaten“ gereizt haben. Durch die „Gewalttaten“ will der Zeuge Schmidt vier blaue Flecke auf dem Rücken bekommen haben, Pfannschmidt hat angeblich einige Schläge ins Gesicht bekommen, dem Heinz Pfeiffer soll ein Bein gestülpt sein, später will er auch noch derart geschlagen sein, daß ihm die Nase blutete. Dem Eitel Pfeiffer wurde „Gewalt“ angetan mit der Bezeichnung „Deutschlands Hoffnung“, auch der Zeuge Melcher will einige Schläge abbekommen haben. Etwas Ernstliches ist jedoch keinem der Zeugen passiert. Weil

Widerstände, die das Wachstum fürchten wollten, mußten immer wieder überwunden werden; sogar polizeilich wurden die Gewerkschaftler verfolgt und ihre Versammlungen für politisch erklärt und aufgehoben. Erst nach dem Krieg, als das Volk das Kaiserium zerbrach, erstiegen durch die republikanische Verfassung die Gewerkschaften Bewegungsfreiheit. Rednerin zeigte die großen Erfolge, die von den Gewerkschaften im Laufe der Jahre erzielt wurden, z. B. geregelte Arbeitszeiten, Festlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Tarifverträgen, Urlaub bis zu 24 Tagen unter Fortzahlung des Lohnes, Gewährung von Krankenlohn bis zu 90 Prozent des Volllohnes usw. Nicht nur materiell, sondern auch geistig ist die Arbeiterchaft vorwärtsgekommen durch Abhalten von Vorträgen, Teilnahme an Ferienkursen. Der Arbeiter hat inzwischen erkannt, daß Wissen Macht ist.

Sobald behandelte der Geschäftsführer Genosse Bartisch die neue Ruheordnung für die Arbeiterinnen und Arbeiter beim Magistrat der Stadt Magdeburg. In kurzen Umrissen berichtete Redner die alte Ordnung mit der jetzt in Kraft getretenen. In einer demnächst stattfindenden Generalversammlung wird der Referent nochmals die neue Ruheordnung eingehend behandeln.

Vom Sektionsleiter, Kollegen Bronn, wurde aufgefordert, das Gehörte mit noch Laute zu nehmen, zu verarbeiten und weiterzugeben und den letzten Arbeitnehmer im Gesundheitswesen zu organisieren. Es wird dann möglich sein, noch bessere Erfolge zu erzielen.

Als Abschluß der Versammlung, nachdem Kollege Siebert über die Entwicklung des Radios gesprochen hatte, wurde durch Vorkämpfer vom Arbeiter-Radioklub eine angenehme Erörterungssituation geboten.

# Immer daran denken

daß nur eine starke Sozialdemokratie in der Lage ist, die Not des Volkes zu lindern.  
N ü h t d a r u m j e d e M i n u t e  
für den Ausbau der Partei!

Verdicht unermüdlich

## neue Mitglieder für die Sozialdemokratie und neue Leser für die „Volksstimme“!

## Vericherungsangestellte.

In einer Versammlung der freigewerkschaftlichen Versicherungsangestellten sprach Verbandsvorsteher Bach vom Zentralverband der Angestellten über die letzten Vorlesungen in der Bewegung. Nach dem Beschluß eines Verbandstages in Frankfurt a. M. hat sich der Allgemeine Verband der Versicherungsangestellten (A. V. V.) dem sogenannten Gewerkschaftsbund angeschlossen. Dieser Schritt nach rechts bedeutet, daß der A. V. V. mit der großen freigewerkschaftlichen Bewegung nicht zu tun haben sollte. Obgleich dieser Verband nur wenige

aber die Anklage aus den Zwischenfällen einen Landfriedensbruch machte, war auch die Mindeststrafe von 3 Monaten verwirklicht. Bei Schlägereien, die etwa dort entstehen, wo eine Anzahl ungeheilter Personen auf der Straße in Meinungsverschiedenheiten geraten, werden die Kläger auf den Privatklagenweg verwiesen, obwohl sich als Zuschauer dort auch oft eine große Zahl Menschen ansammelt. Oft wird die ganze Sache dann nur einer Polizeistrafe erledigt. Keinem Staatsanwalt fällt es ein, daraus Landfriedensbruch zu konstruieren.

Aber in diesem Falle wären die Gründe der Zusammenstöße politischer Natur. Beteiligt waren Reichsbannerleute und Bismarckbündler, und — der Staatsanwalt ist streng deutsch-national. Was lag da näher, als wieder einmal ein Landfriedensbruchspruch, der sich natürlich gegen die Republikaner richtete. Von denen stand von vornherein fest, daß sie die „allem Schuldigen“ waren, obwohl die Bismarckbündler immer wieder herausfordernd „Tapferkeit“ dort sich einfinden, wo an Reichsbannerleute sich aufhielten. Es war so, daß zunächst Pfannschmidt seine Kameraden begleitete, um sie vor der Menge zu schützen, daß aber dann die Beschützten ihren Beschützer Pfannschmidt wieder begleiteten, um ihn nicht allein auf der Straße zu lassen.

Es ist selbstverständlich, daß der Staatsanwalt in seiner Wut mit den „Sündern“ auf der Anklagebank scharf im Gericht ging. Nach seiner Niederlage wegen der Zeugenbeidigung war der Vertreter der Anklage aber klug genug, politische Ausführungen zu unterlassen. Er hielt die Angeklagten für schuldig und beantragte Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis zu einem Jahre. Rechtsanwalt Dr. Braun verlangte Freispruch der Angeklagten, da in allen Fällen keineswegs erwiesen sei, überhaupt Landfriedensbruch, das heißt Zusammenrottung einer Menschenmenge, um in der Öffentlichkeit Gewalttätigkeiten zu begehen, vorliege.

Das Gericht entschied sich für die Ansicht des Staatsanwalts und hielt in allen Fällen Landfriedensbruch für vorliegend. Es verurteilte Baumgarten und Süpermann zu drei Monaten Gefängnis, Barentzin, Merler und Ottowicki, von denen das Gericht annimmt, daß sie geschlagen haben, wurden zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Schröder, der man auch gerichtlichermaßen Häufelführerschaft zur Last gelegt, hielt sieben Monate Gefängnis. Wegener, der noch jugendlich ist, wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Stod wurde freigesprochen. Sämtlichen Angeklagten, außer Schröder, wurde Bewährungsfrist zugesprochen, da sie bisher noch völlig unbestraft waren. Bei Schröder sollte erst noch Ermittlungen angestellt werden.

tausend Mitglieder in Deutschland zählt, sei die Reichsrechnung doch zu bedauern, denn gerade die Versicherungsangestellten haben gegen die Macht des Kapitals, gegen gewaltige Konzerne zu kämpfen, die ständig die Existenzmöglichkeit dieser Berufsgruppe bedrohen. Jeder wird eine Anzahl Mitglieder des A. V. V. dieses Gang nach rechts nicht mitmachen, da die Sympathie für die große freigewerkschaftliche Angestellten- und Arbeiterbewegung nicht durch einen Federstich befristet werden kann. Die freigewerkschaftlichen Versicherungsangestellten finden ihren Platz nur im Zentralverband der Angestellten.

Anschließend gab der Verhandlungsführer bekannt, daß in den nächsten Tagen der Tarifvertrag für die Angestellten der Provinzial-Generalagenten wiederum vor dem Schlichtungsausschuss zur Verhandlung stehe und daß hoffentlich nunmehr ein endgültiges Resultat erzielt werden dürfte.

## Vertreterversammlung des Afa-Bundes.

Die dem Allgemeinen freien Angestelltenbund angehörenden Verbände nahmen in einer Vertreterversammlung Stellung zu den wichtigsten Fragen der Angestelltenbewegung. Der Geschäftsführer des Ortskartells, Verbandsvertreter P. Bach, wie auf die Wahlen zur Angestelltenvertreterversammlung am Sonntag den 20. November hin und hat die Vertreter der angeschlossenen Organisationen, reiflos für diese Wahl tätig zu sein.

Die Vertreterversammlung nahm einen Antrag an, der gegen eine Verlegung des Landesarbeitsamts in Magdeburg entschieden protestiert und darauf hinweist, daß Magdeburg als Provinzialhauptstadt mit den größten wirtschaftlichen Organisationen nach wie vor Sitz des Landesarbeitsamts bleiben müsse.

Eine längere Aussprache zeitigte die Frage des Ausschusses der Öffentlichkeit in den Arbeitsgerichten. Nach Auffassung der Versammlung soll diese Maßnahme möglichst selten in Anwendung kommen. Den ehrenamtlichen Arbeitsrichtern des Afa-Bundes wird geraten, ihre Zustimmung zum Ausschluß der Öffentlichkeit nur in Fällen zu geben, wo dies von den Parteien ausdrücklich verlangt und eine stichhaltige Begründung vorgetragen wird. Die öffentliche Verhandlungsform sei eine grundsätzliche Forderung, an der die Allgemeinheit stark interessiert ist.

## Neuerwerbungen der Stadtbibliothek

Zusammenf. Antiquar Katalog der internationalen Buchkunst-Anstalt Leipzig 1927.  
Erklärung. Amundsen, H. u. S. Einwort: Der erste Flug über das Polarmeer.  
Geschichte, Kulturgeschichte. Deutsches Geschlechterbuch. Bd. 52 u. 54.  
Schneider, Hermann: Die Anturleistungen der Menschheit. Bd. 1. 1927.  
Kauf, Hermann, G.: Louis Korinth. 1922.  
Literatur, Literaturgeschichte. Bartels, Adolf: Die Dittmarscher. Historischer Roman. 4. Auflage. — Galsworthy, R.: Der Menschenfänger. Novelle. 1924. — Geschichte der deutschen Philologie in Bildern. Herausgegeben von Fritz Behrend. 1927.  
Naturwissenschaften. Funge, G. v.: Lehrbuch der organischen Chemie für Mediziner. 1913.  
Technik, Handel, Gewerbe. Rathes Jahr- und Adressbuch der Suderindustrie Deutschlands und des Auslandes. Jahrgang 43. 1927/28. (Gesellschaft des Saffari-Verlags.)

Verkopfung ist eine Qual. Segrega-Billen regeln ohne unangenehme Begleiterungen die Verdauung. Hof-Apothek, Breiter Weg 15

**Hier kaufen Sie gut!**

**Otto Pussel, Burg Scharthauer Straße 53/54**

Stets großes Lager in **Manufaktur- und Modewaren, Leinen- und Baumwollwaren**

Spezialität: **Paletts, Bettdecken und Linnen, Bettdecken**

Realle Bedienung! Billigste Preise!

**Richard Gurek**

Spezialität: **schöner Stoffe**

Tangerhütte, Marktstraße 54

**W. Schmüder, Baethen-Tangerhütte**

Manufakturwaren — Modewaren

Großes Lager in **Paletts und Bettdecken — Gardinen in Engl. Tüll und Madras, abgepaßt und Ständere, feis Neuheiten**

Einlösung — Kurzwaren

Streng reelle Bedienung Solide Preise Streng reelle Bedienung

**Kinderwagenhaus Mager**

empfeht in großer Auswahl **Kinderwagen und Stuhlmöbel**

Markt 29 Burg Markt 29

**Schuhwaren • Arbeitsbekleidung**

Spezialität: **Strickwolle**

Schuhreparatur Werkstatt

**Otto Grade**

Tangerhütte, Bismarckstraße 44

# Um die Festigkeit der Gewerkschaften

Das Gräßliche Karstell hatte seine Mitglieder am Freitag den 14. Oktober zu einer großen Versammlung aufgetrieben mit der Tagesordnung:

## „Der internationale Gewerkschaftskongress in Paris.“

Als Referent war der Genosse Reichstagsabgeordneter Peter Graßmann (Berlin), 2. Vorsitzender des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, erschienen. Der Vorsitzende, Kollege Weigelt, bedauerte bei der Eröffnung den mäßigen Besuch. Er hatte erwartet, daß der „Freundschafts“-Saal bis auf den letzten Nagel gefüllt sei. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen erhielt Genosse Graßmann das Wort zu seinem Referat. Er führte einleitend aus, daß das Jahr 1928 von außerordentlicher politischer Bedeutung für den Internationalen Gewerkschaftsbund sei, daß in England, Frankreich und Deutschland Parlamentswahlen, in Deutschland außerdem der Jahreskongress des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes stattfinden. Durch Umgestaltung der Industrie muß auch eine Umstellung in der Gewerkschaftsorganisation erfolgen; es bleibt dabei zu erwägen, wieweit Berufsorganisationen bestehen bleiben, wieweit Industrieverbände geschaffen werden müssen. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat bei seinen internationalen Zusammenkünften mit besonderem Schwereitzuge zu kämpfen. Die Art des Denkens in den verschiedenen Ländern zeigt wesentliche Nuancen auf. Ganz besonders sind es die Sprachen, die in ihrem Ausdruck zu verschiedenen Auffassungen Anlaß geben. Da verschiedene Kongresssprachen gesprochen werden, herrscht nur bei deren voller Aufmerksamkeit, die die gesprochene Sprache verstehen. Es tritt Unruhe ein und der Verhandlungsgang wird dadurch erschwert. Zum spätern

### Erlernen der Kongresssprachen

fehlt die erforderliche Zeit, da die Funktionäre mit Gewerkschaftsarbeit und Parteiarbeit überlastet sind. Der Ausdruck der Sprache ist eben ein Stiel von sich selbst. Man ist deshalb dazu übergegangen, wichtige Beschlüsse in den Ausgangspunkten zu beraten.

Der I. G. B. in Paris war bestickt von 26 Ländern mit 89 Stimmberechtigten; Südafrika, Indien, Argentinien, Mexiko und Norwegen waren als Gäste anwesend. Neben Schildert, daß die skandinavischen Länder wahrscheinlich in Kürze ihren Beitritt zum Internationalen Gewerkschaftsbund vollziehen werden. Spanien ist gewerkschaftlich gut organisiert, politisch aber durchaus nicht, man lehnt dort den Parlamentarismus ab, ist vielmehr anarchistisch eingestellt. Die Kongresse werden zwar regelmäßig besucht, jedoch der Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund nicht vollzogen. In Indien ist die gewerkschaftliche Organisation gut. Die Führer der Gewerkschaften in sämtlichen Ländern sind aber nicht aus Arbeiterreihen hervorgegangen, sondern rekrutieren sich aus Intellektuellen (Studierten, Gelehrte). Auch andre Länder haben eine besondere Vorliebe für diese Leute.

Dem Kongress ging eine Ausschusstagung voraus. Die Tagesordnung war eine reichhaltige. Durch den Krieg wurde der Internationale Gewerkschaftsbund zerstört, nach dem Kriege mußte neu aufgebaut werden. Rußland wurde aufgefordert beigzutreten, es wurde aber von dort abgelehnt, auch Amerika lehnte ab. Im Internationalen Gewerkschaftsbund waren 1919 23½ Millionen Gewerkschaftsmitglieder zusammengeschlossen. Da es jeder Arbeitende zum guten Teile gehörig empfand, gewerkschaftlich organisiert zu sein. Die neu zugeführten Massen waren aber zum größten Teil ungeschulte, nicht zur Solidarität erzogene Gewerkschaftler. Man glaube, durch die politische Umwälzung in den einzelnen Ländern sich Aufgaben stellen zu können, die weit über das zu Erreichende hinausgingen, nicht durchführbar waren. Es soll z. B. nur an den Versuch zur

### Sozialisierung der Betriebe

erinnert werden. Solange Aufträge und Rohstoffe in den Betrieben waren, ging die Sache, wie es damit aus war, mußte man die Herrschaft in den Betrieben wieder aufgeben. So ist es mit

den meisten der gestellten Aufgaben gegangen, und dadurch setzte dann gar bald ein Mitgliederchwund ein. Durch die Inflation, die zwar in Deutschland am stärksten, in andern Ländern aber auch zur Aufplähung der Industrie führte, machte sich dann später eine Produktionsumstellung notwendig. Es waren durch die Inflation circa 300 Millionen Konsumierten ausgeschaltet, und dadurch wurde die Absatzmöglichkeit wesentlich geringer. Infolgedessen setzte dann eine Arbeitslosigkeit ein, die in England am ausgebehresten war, wir haben heute dort viele Erwerbslose, die seit Jahren aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet sind und keinerlei Unterhaltungen mehr beziehen. Ganz besonders ist es England, das in Indien sein Absatzgebiet verloren hat, da Indien heute seine eigene Industrie besitzt. Durch die verschiedenen Friedensverträge haben wir heute in Europa 17 neue Staatengebilde, mit eigener Verwaltung und eigener Industrie, die sich unabhängig zu erhalten versuchen durch übermäßige Schulzölle. Dadurch wird der Export unterbunden und eine Verarmung ganz Europas ist die Folge; und damit war verbunden der Rückgang der Mitglieder in den Gewerkschaften, die während der Gewerkschaftsarbeit. Kämpfe waren fast unmöglich geworden. Die Einwirkung des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf diese Dinge war nicht möglich, da keine Mittel zur Verfügung standen. Der Vorschlag, den Beitrag zu erhöhen, wurde abgelehnt, es wurde empfohlen, in der Verwaltung Ersparnisse zu machen. Der Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes soll wieder in ein Land mit einer der Kongresssprachen verlegt werden, um Zeit und Kosten zu sparen, auch soll die Leitung von nur einem Generalsekretär erfolgen.

Der in Wien gewählte Präsident des I. G. B., Genosse Purcell, sprach in seiner Eröffnungsrede über

### das erwachende Asien,

gab seiner Freude darüber Ausdruck und forderte auf, sich daran ein Beispiel zu nehmen. Er verzog aber darüber, daß der Arbeiterchaft dort die gewerkschaftliche Erfahrung fehlt, so daß die Arbeiterchaft Europas sich daran wirklich kein Beispiel nehmen kann.

Genosse Graßmann geht dann auf die Politik der Bundesvorstands-Mitglieder Oudegeest, Brown und Purcell ein, die ja durch die Presse schon mehr als genügend erörtert ist, und ganz besonders vor der kommunistischen Presse ausgebeutet wurde zur Hebe gegen die Gewerkschaftsführer und gegen den I. G. B. Er bezeichnet diese ganze Angelegenheit, wie sie von links ausgehen wird, als eine schwere Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung. Der I. G. B. lehnt es nicht ab, mit Rußland eine Einheitsfront zu bilden, wenn es unsere Satzungen anerkennt. Zur Beurteilung des Kongresses führt der Referent aus, daß der I. G. B. in Verfall geraten ist, wird von der einen Seite behauptet, andererseits wird der Kongress als Reinigung, als Läuterung des I. G. B. betrachtet. Ein Verfall, eine Zerstörung ist absolut unmöglich, da die organisierte Arbeiterchaft den I. G. B. als eine Notwendigkeit betrachtet, da wir vor gewaltigen Umwälzungen stehen, wo der festeste Zusammenschluß außerordentlich notwendig ist. Genosse Graßmann schließt mit den Worten: „Wir müssen uns unter allen Umständen die

### innere Festigkeit des I. G. B.

erklämpfen, nur dadurch kann es mit der Arbeiterchaft vorwärts gehen.“

In der Diskussion stellt der Kommunist Gildermann die Ausführungen als einseitige Berichterstattung hin, bezichtigt sie als Hebe gegen Sowjetrußland und verweist sich zugleich über die Angriffe auf die englische Delegation. Im Schlußwort weist Genosse Graßmann die persönlichen Anwürfe in seiner Form zurück. Mit ihnen eignen Presseberichten beweist er den Sinkern, wo der Weg hingehen würde, würde man nach den von Moskau diffizierten Parolen und Informationen arbeiten und handeln. —

## Kleine Chronik

### Martirium eines Kindes

Am Dienstag wurde in Berlin der vertagte Prozeß gegen das Ehepaar Kubisch, das ein blühendes Kind grausam zu Tode gefoltert haben soll, wieder aufgenommen. Frau Kubisch bestritt, das Kind mißhandelt zu haben. Wenn der Knabe von ihr geschlagen worden sei, so habe er sie dazu durch seinen hartnäckigen Charakter gezwungen. Das Kind sei im epileptischen Anfall gelitten und auf diese Weise zu Schaden gekommen. „Aber die Zeugen sagen doch ganz was andres aus“, hält der Vorsitzende ihr entgegen. „Die Zeugen lügen, alles Schwindel, Geschäftigkeit.“ Erschütternd wirkten die Aussagen der Zeugen. Es scheint schier unbegreiflich, daß in einem so großen Haus ein Kind mehr als 2 Jahre hindurch in einer so ungläublichen Weise jeelisch gefoltert werden konnte. Man fragt sich, wo bließ das das Jugendamt? Und man will nicht glauben, daß das Jugendamt gesagt habe, wie dies eine Zeugin ausfragte, es liege kein Grund vor, einzuschreiten. Einige Frauen, die bei Frau Kubisch gewohnt hatten und Tag für Tag das Martirium des kleinen beobachtet konnten, sagen aus: Das kranke Kind will keinen Spinat essen; es erhält einen Schlag mit dem Binnhöfeln über den Mund, daß die Lippe platzt und das Blut aus Mund und Nase läuft. Es macht eine Cardine Schmutzig — der Kochlöfeln wird auf seinem Kopfe zerfliegen; es wird auf die Knieen geworfen und mit Füßen getreten. Wenn es das Bettchen heruntergerollt hat, faltet es beim Aben der Mutter flehentlich die Hände, denn es weiß schon, was nun kommt — es wird aus dem Bettchen genommen und mit dem Mopferfteil auf Kopf, Rücken, Füßen, bearbeitet. Das rachitische Kind hält sich schwer auf den Knien. „Du Nas, wirst noch gehen lernen.“ Stundenlang muß er im Kellerbordraum stehen. In seinem Bedürfnis nach Bärtlichkeit laßt es liebevoll sein jähriges Schwesterchen um; die Mutter trägt es mit der Faust fort. „Schämen Sie sich nicht, das Kind kündigt auf den Kopf zu schlagen“, ruft man ihm zu. „Kümmern Sie sich um Ihre eignen Angelegenheiten.“ So ließ es immer. Beklagten sich die Nachbarn beim Mann über die grausame Behandlung seines Kindes, dann erhielten sie zur Antwort: „Es geht Sie einen Dreck an, und wenn Sie sich noch einmal einmischen, so gibt es was.“ Immer wieder rebeten die Nachbarn auf Frau Kubisch ein, sie möge doch das kranke Kind mit Liebe zu erziehen versuchen; nichts fruchtete. Die Verhandlung geht weiter. —

### Wildweitz in Berlin

Ein Raubüberfall wurde am Dienstag mittag gegen 1 Uhr in dem Bierlokal „Zum Klausner“ in der Prandauerstraße verübt. Dort erschien ein etwa 25-jähriger Mann, der die Buchhalterin im Privatkontor zu sprechen wünschte. Kaum hatte der Fremde das Bureau betreten, als er einen Revolver zog und die Bureauangestellte aufforderte, den Kassenbestand ihm auszuhandigen. Gleichzeitige schnitt der Räuber die Fernsprechtleitungen durch. Trotzdem in den angrenzenden Lokalkäumen Hunderte von Gästen anwesend waren, gelang es dem Räuber, sein Verbrechen durchzuführen. Er durchwühlte sämtliche Behälter des Bureauarums und fand in einer unverschlossenen Schublade 3000 bis 4000 Mark, die er an sich nahm. Bevor der Räuber das Haus verließ, drohte er noch einmal der Bureauangestellten mit dem Revolver und schloß hinter sich die Eingangstür ab. Dann stürzte er auf die Straße, lief durch die Charlottenstraße nach der Leipziger Straße zu und verschwand unter den Passanten. —

### Der Prozeß Schwarzbard

Am Mittwoch hat vor dem Schwurgericht in Paris der Prozeß gegen den ukrainisch-jüdischen Mörder Schwarzbard begonnen, der im vorigen Jahre zu Paris den früheren ukrainischen Staatspräsidenten Petljura auf offener Straße durch mehrere Revolvergeschüsse getötet hat, weil er an Petljura, dem Anführer der blutigen Judenpogrome in der Ukraine 1919 und 1920, diese Greuel rächen wollte. Der Prozeß erregt außerordentliches Interesse. Aus allen Teilen der Welt sind Journalisten eingetroffen.

Eine Unmenge herborragender Politiker sind als Zeugen geladen. Die erste Sitzung wurde mit der Verlesung der sehr langen Anklageschrift und dem Verhör der Angeklagten ausgefüllt. Im den Justizpalast ist strenger Polizeidienst eingerichtet worden.

Der Angeklagte trägt ein blaues und müdes, aber energisches Gesicht zur Schau. Er ist ärmlich gekleidet, trägt jedoch mit leichtem Stolz das französische Kriegskreuz. Der Präsident erklärte gleich zu Beginn, daß er keinerlei Rundgebungen des Publikums dulden werde.

Unter den Zeugen sind Maxim Gorki, der jedoch wegen Krankheit seine Aussagen schriftlich machen wird, Viktor Marguerite, Einstein usw.

Aus dem Verhör des Angeklagten geht hervor, daß Schwarzbard seit 1910 mit wenig Unterbrechungen in Frankreich lebt und sich 1925 als Franzose naturalisieren ließ. Zu Beginn des Krieges trat er in die französische Fremdenlegion ein, wurde kurz darauf schwer verletzt und bekam das Kriegskreuz. —

### Wenn es im Schlosse brennt

Zu der großen Brandkatastrophe auf Schloß Affing bei Augsburg erfahren wir folgende Einzelheiten aus Augsburg, die das Verhalten des Schloßherrn Freiherrn v. Gravenreuth beleuchten:

Im Innern des brennenden Gebäudes arbeiteten die Feuerwehrlente mit Heroismus an der Rettung verunglückter Kameraden. Angsterfüllt und um ihre Angehörigen besorgt, stand die Bevölkerung des Ortes im Schloßgraben und vor den gegenüberliegenden Wohngebäuden. Der Schloßherr, ein echter Junker, sein Bruder mit einem Revolver bewaffnet und seine Gattin standen auf der zur Hauptfront des Gebäudes führenden kleinen Grabenbrücke. Die Frau rauchte, ebenso wie ihr Gatte, Zigarren, während von dem niederbrennenden Gebäude Dachpfannen, Mauersteine und Ziegel auf die hingeborgte arbeitenden Feuerwehrlente herabprasselten. Die Frau zeigte sich sehr befriedigt, als die Ahnenbilder, ein großer Stapel von verstaubten Gemälden, aus dem brennenden Gebäude getragen wurden. Auch für die Pelze, die im Jagdzimmer untergebracht waren, ebenso für eine große Kiste mit Silbergeräten interessierte sie sich lebhaft, während über die Unglücklichen, die bei lebendigem Leibe eingeklemmt jämmerlich verbrannten, kein Wort des Bedauerns laut wurde. Der Freiherr hielt es sogar für richtig, die Feuerwehrlente folgendermaßen anzusprechen:

„Feuerwehrlente, antretet! Ihr seid doch da, daß Ihr laßt, nicht aber zum Herumstehen!“ Die edle Frau befragte das Kommando ihres Gatten noch mit den Worten: „Die Leute sind wirklich laudum!“

Dabei waren die Feuerwehrlente ohne Ablösung seit dem Ausbruch des Feuers um die Mittagstunde herum die gegen 19 Uhr ständig auf der Brandstelle tätig.

Die Bevölkerung bringt den Hinterbliebenen der unglücklichen sechs Opfer tiefes Mitleid entgegen; jedenfalls erzieht sie in weitgehendem Maße das, was man von den freijerrlichen Leuten,

## Gewerkschaftsbewegung

### Die Reichsbahn will nicht!

Die Verhandlungen zwischen der Reichsbahngesellschaft und den Vertretern der Eisenbahnarbeiter, die am Dienstag bei der Hauptverwaltung statthanden, haben ein Negativresultat gebracht. Alle Argumente und Hinweise der Arbeitervertreter zur Begründung der so notwendigen Lohnerhöhung prallten am Generaldirektor, Herrn Dörmüller, wirkungslos ab. Er erklärte, eine allgemeine Lohnerhöhung sei untragbar. Die Finanzlage der Reichsbahn gestalte eine allgemeine Lohnerhöhung nicht, weil die Lohn- und Gehaltserhöhung vom April d. J. und die Reparationslast sich im nächsten Jahr erst voll auswirken würden. Dazu kommt, daß die Reichsbahn noch eine Reihe von Neuanstellungen, die in diesem Jahre zurückgestellt worden seien, vornehmen müsse. Sie könne deshalb durch eine allgemeine Lohnerhöhung den Etat des nächsten Jahres nicht noch mehr belasten.

Wo eine Angleichung der Löhne an die vergleichbaren Löhne der Privatindustrie notwendig sei, werde das gesehene. Zu einem Ausgleich mit Hilfe von Ortslohnzulagen sei die Reichsbahn bereit. Der Generaldirektor stellte die Organisationsvertretern anheim, sofort mit der Ortslohnzulageregelung zu beginnen. Diese verzögerten jedoch darauf und erklärten, daß sie das Ergebnis der Verhandlungen zunächst den Organisationsvorständen unterbreiten werden. Noch im Laufe dieser Woche nehmen die Organisationen zu dem negativen Ausgang der Verhandlungen Stellung; ihre Antwort an die Hauptverwaltung wird am kommenden Montag erstattet werden.

Ein geradezu klägliches Resultat! Die Reichsbahnhauptverwaltung ist nicht zu beruhigen. Ein exakter, überzeugender Beweis, daß Gehalts- und Lohnbelastung vom April und Reparationslast eine Aufbesserung der Löhne wirklich unmöglich machen, ist bis jetzt noch nicht geführt worden. Mit dem Hinweis auf die Reparationslast macht sich die Reichsbahngesellschaft ihre Aufgabe leicht. Mehr Leistung auf der einen Seite, wie die Reichsbahnverwaltung offen zugibt, und Kürzung des Reallohns infolge der Teuerung auf der andern Seite — so macht man keine Lohnpolitik! —

Lohnbewegung in den Zinkgruben. In den Zinkgruben der Westereggen bei Aöln steht die Belegschaft schon seit geraumer Zeit in einer Lohnbewegung. Dieser Tage wurde nun vom stöner Schlichtungsausschuss ein Schiedsspruch gefällt, der eine Lohnaufbesserung von 5 bis 20 Pfennig pro Schicht vorschlägt. Untertnehmer und Arbeitnehmer haben den Spruch abgelehnt. —

Lohnbewegung in der Aachener Textilindustrie. Die Gewerkschaften in der Aachener Textilindustrie haben den Lohnsatz für

Ende Oktober gekündigt. Es wird eine 10 bis 20prozentige Lohnerhöhung verlangt. Im Aachener Textilgebiet sind etwa 10 000 bis 12 000 Arbeiter beschäftigt. —

## Aus der Wirtschaft

### Die Steinkohlen- und Erdböden in der Mark

Dem „Ämtlichen Preussischen Presseamt“ wird aus dem Handelsministerium geschrieben:

Die neue Verordnung über einen erweiterten Staatsvorbehalt zur Auffindung und Gewinnung von Steinkohle und Erdböl bedeutet bezüglich der Steinkohle nichts Neues, sondern lediglich die Ausfüllung einer Lücke, die das Gesetz vom 18. Juni 1907 gelaßen hatte. Dieses Gesetz folgte dem nach dem freikonservativen Antragsteller „Lex Camp“ genannten Nitungsperzeptes vom 5. Juli 1905 und hob die Bergbaufreiheit, die bis dahin in Preußen bestanden hatte, zugunsten des Staates auf. Damals blieb neben andern östlichen Provinzen die Provinz Brandenburg von dem Staatsvorbehalt befreit, weil die gesehene Körperchaften der Meinung waren, daß die Möglichkeit, durch Bohrungen und Nutzung in den Besitz von Kohlenfeldern zu kommen, für die Industrie ein wirksamer Anreiz sein und sie rascher die geologische Erschließung bewirken würde als die staatliche Forchung, deren etatmäßige Mittel nicht ausreichten waren.

Mit Hilfe der seit mehreren Jahren im Haushalt der Bergverwaltung ausgeworfenen Mittel zur Durchforschung Preußens nach Bodenschätzen hatte die preussische Geologische Landesanstalt in der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinz Sachsen magnetometrische Messungen angestellt, deren Ergebnis das Vorhandensein der Ablagerungen des Steinkohlengebirges in verhältnismäßig leicht erreichbarer Tiefe wahrscheinlich machte. Zur Feststellung dieser Vermutung wurde in diesem Jahr in der weiten Umgegend von Berlin ein Bohrloch angelegt, das schon bei 100 Meter Tiefe unter dem Seespiegel das Steinkohlengebirge erreichte und in ihm bei 237 Meter Tiefe ein 37 Zentimeter mächtiges reines Kohlenflöz erschloß. Nebenbeiherweise trat in dem jetzt über 300 Meter tiefen Bohrloch außerdem noch Erdböl an.

Wenn der Staat den gesehlichen Vorbehalt auf diese Mineralien ausdehnt, so bedeutet das die zielbewusste Verfolgung des seit über 20 Jahren im preussischen Bergrecht geltenden Gedankens, um so mehr, als er sich selbst mit seinem wissenschaftlichen Amt und seinen finanziellen Mitteln erweist hat. Von einem Beginn der Sozialisierung der Bodenschätze zu sprechen, dürfte in diesem Zusammenhang ein unangebrachtes Schlagwort sein. Bei der Beratung des vergleichbaren Gesetzes über die Verleihung von Braunkohlenfeldern an den Staat traten im Jahre 1924 annähernd alle Parteien dem Vorschlag der Regierung bei. —

# Nur Chlorodont

die Qualitäts-Zahnpaste von mehr als 5 Millionen Menschen allein in Deutschland als bestes Zahn- und Mundpflegemittel im Gebrauch. Besondere Vorzüge: 1. macht die Zähne blendend weiß, 2. entfernt häßlich gefärbten Zahnbelag, 3. beseitigt unangenehmen Mundgeruch. Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pf. — große Tube 1 Mk. — Chlorodont-Zahnbürsten 1.25 Mark, für Kinder 70 Pf. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1.25 Mark. Man verlange nur Chlorodont.

